

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Sitten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 M. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telephone Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Freudenquellen.

IV.

Ein Blick in die Schaufenster des Buchhändlers zeigt uns fast wöchentlich sensationelle Neuerscheinungen. Wie eine Flut zur Frühjahrszeit wächst die Zahl der Bücher, die sich in den Dienst der Unterhaltung, des Genusses gestellt haben. Doch wollen die Bücher, die warme echte Freude ins Herz tragen, gleich klaren Gebirgsquellen gesucht werden. Die kraftlosen fieberhaften, schwülen Gefühle, welche die sog. Hintertropfenromane erzeugen, haben doch mit der Freude, die wie ein frischer Quell die Seele erquickt, nichts gemein.

Gerade die Arbeiter, die einen Geist zum Denken, ein Herz zum Fühlen und einen Sinn zum Empfinden des Schönen haben und doch tagaus tagein mechanische Arbeit leisten müssen, sollten literarisch wertlose schlüpfrige Lektüre verachten und zu edlen Büchern greifen, damit ihrer Seele die Nahrung zu kräftigem Leben nicht fehle. Zu demselben Preise wie die Schundliteratur steht allen Strebenden die schönste und erhabenste Lektüre zur Verfügung. Der Weg zur Quelle der Bildung, der Veredlung, der Freude ist ihnen gebahnt, wenn sie sich erziehen, folgende Regeln zu beachten.

1. Was man liest, muß man geistig schauen und im Herzen miterleben; daher eile man nicht über die Seiten hinweg, um nur dem Gange der Handlung zu folgen. In Meisterwerken hat jede Zeile, jedes Wort seine Bedeutung. Gute Bücher wollen mehrmals gelesen und immer verarbeitet werden.

2. Der Geist der Ordnung und der Harmonie regle die tägliche Lektüre. Das Vertiefen in mehrere Werke eines Meisters sichert geistigen Fortschritt und immer größeren Genuß. Männer wie Schiller, Goethe, Spielhagen, Freitag haben den strebenden Arbeitern vieles und immer neues zu sagen.

3. Jedes wertvolle Buch bietet Gedanken, die besonders ansprechen und anregen. Diese als „Lesehefte“ in einem Notizbuch festhalten, heißt einen geistigen Schatz sammeln, der in Mußestunden Freude, in schweren Stunden Trost und Erhebung geben kann.

Die Gefahr einer Massenaußsperrung in der Metallindustrie

Ist diesmal noch einmal abgewendet worden. Nach langwierigen, von beiden Parteien mit zäher Hartnäckigkeit geführten Verhandlungen ist kurz vor Tagesbruch eine Verständigung in der Werftarbeiterbewegung erzielt und damit der in nächste Nähe gerückte gewaltige Meientkampf vermieden worden. Mehrere Wochen lang hing das Domokleseschwert einer Massenaußsperrung über der deutschen Metallarbeiterchaft und dem ganzen Erwerbsleben. Mit der größten Spannung wurde die Entwicklung der Bewegung resp. der Gang der Verhandlungen nicht nur von der zunächst beteiligten Arbeiterchaft der Metallindustrie, sondern von allen gewerblichen Kreisen wie der ganzen Öffentlichkeit verfolgt. Aufatmend, mit einem Gefühl der Erleichterung wurde die Nachricht allenthalben aufgenommen, daß eine Verständigung zustande gekommen und die drohende Erschütterung des gewerblichen Organismus abgewendet sei. Nicht nur im Interesse der gefährdeten Arbeiterexistenzen, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit ist die Beilegung der Differenzen auf den Seeschiffswerften deshalb rückhaltlos zu begrüßen.

Und das Resultat des Kampfes? Als Sieger oder Unterlegener ist keine der Parteien anzusprechen. Man hat von beiden Seiten nachgegeben und sich ungefähr auf der mittleren Linie zusammen gefunden. Die Werftbesitzer haben wesentliche Zugeständnisse gemacht und die Arbeiter haben von ihren ursprünglichen Forderungen manches nachgelassen. Dennoch bedeutet der Abschluß der Bewegung für die Arbeiter einen beachtenswerten Erfolg; sowohl vom materiellen wie prinzipiellen Standpunkt aus. Eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro

Stunde, Minimaleinstellungslohne von 40 Pfg. und eine Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden resp. einer Stunde pro Woche sind materielle Errungenschaften, die nicht zu unterschätzen sind. Im vorliegenden Falle um so mehr, da die Werftbesitzer im ersten Stadium der Bewegung jedes Zugeständnis rundweg ablehnten und sich sogar darauf versteiften, daß die Lage des Seeschiffbaues derart sei, daß eher eine Reduzierung der Löhne wie eine Erhöhung derselben angebracht erscheine.

Ferner ist das Zugeständnis der Unternehmer, Arbeiterauschüsse gemäß den Wünschen der Arbeiter einzuführen, von prinzipieller Bedeutung, weil damit ein gewichtiger Schritt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiter getan ist. Noch erheblicher fällt nach dieser Seite hin die Tatsache ins Gewicht, daß die Verhandlungen von Organisation zu Organisation geführt wurden. Die im Gesamtverband deutscher Metallindustrieller organisierten Unternehmer haben damit die Arbeiterorganisationen in Praxis als legitime Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt. Das Diktum: „Wir verhandeln nicht,“ dürfte für alle Zeiten überwunden sein. So können die Arbeiter der deutschen Seeschiffswerften mit dem Erreichten wohl zufrieden sein, wenn auch ihre Forderungen nicht in ihrem ganzen Umfange durchgedrückt werden konnten. Ebenso kann die übrige gesamte Metallarbeiterchaft mit Genugtuung auf das Resultat dieses schweren Kampfes zurückschauen.

Für uns Metallarbeiter wäre es jedoch gefährlich, ja verhängnisvoll, aus der diesmaligen Vermittlung der Massenaußsperrung falsche Schlüsse zu ziehen. Wir dürfen uns unter keinen Umständen der Illusion hingeben, als ob die Gefahr solcher Kämpfe für absehbare oder gar unabsehbare Zeit abgewendet und beseitigt wäre, als ob die Verhältnisse zwischen Unternehmer und Arbeiter in der deutschen Metallindustrie schon so weit geklärt oder befriedigend geregelt seien, daß eine Aussperrung ausgeschlossen wäre. Die Gefahr einer allgemeinen Aussperrung wird immer über den Köpfen der Metallarbeiter wachen, so lange die Arbeitsbedingungen nicht überall durch feste Normen geregelt sind. Jeder örtliche Teilkampf trägt die Gefahr der Aussperrung in sich. Deshalb dürfen sich unsere Kollegen nicht in falsche Sicherheit einwiegen lassen.

Besonders in der schweren Eisen- u. Stahlindustrie werden in der Zukunft — mag man es bebauern oder nicht — noch schwere Kämpfe zum Austrag kommen; die schwersten stehen uns jedenfalls noch bevor, sind vielleicht näher, als wir glauben. Die Beilegung des Werftarbeiterkampfes hat den Bündnistoff nicht verringert, sondern allen denkenden Metallarbeitern nur zu deutlich gezeigt, was wir jeden Augenblick zu gewärtigen haben. Und gerade für die nächste Zeit der aufwärts gehenden Konjunktur ist die Gefahr solcher folgenschwerer Zusammenstöße in verstärktem Maße vorhanden.

Die Schlussfolgerungen aus dieser Situation liegen für jeden denkenden Metallarbeiter auf der Hand. Anschluß an die Berufsorganisation, Ausbau und Stärkung derselben, um für alle Wechselfälle der Zukunft gerüstet und gesichert zu sein. Das ist die zunächst liegende und wichtigste Lehre, die die Metallarbeiter aus den aufregenden Vorgängen der letzten Wochen zu ziehen haben. Die Hunderttausende, bisher unorganisierten Berufscollegen müssen überzeugt und auf den einzig möglichen Weg praktischer Selbsthilfe, in die Organisation hineingeführt werden. Die Opferwilligkeit ist vor allem zu pflegen und zu steigern, denn alle Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern sind in der Hauptsache nackte Nervenexempel, die sich auf die Frage zuspitzen, welche der kämpfenden Parteien es am längsten aushalten kann.

Wenn die Metallarbeiter diese Lehren aus dem Kampf der Werftarbeiter und seinen Begleiterscheinungen ziehen und sie praktisch anwenden, so ist der prinzipielle Erfolg für die Gesamtmetallarbeiterchaft größer und weittragender wie die materiellen Erfolge, die den Werftbesitzern Boll für Boll abgerungen werden mußten.

Die Unternehmer werden aus der beendeten Bewegung auf den Werften ebenfalls vieles lernen können — wenn sie wollen. Zunächst, daß es von Nöten ist, etwaige Forderungen der Arbeiter rundweg abzulehnen, um nachher doch von diesem Standpunkt abzugehen, zu verhandeln und Zugeständnisse zu machen. Wenn sie das von Anfang an getan hätten, wäre der achtwöchentliche Kampf auf den Werften mit seinen das ganze Erwerbsleben bedrohenden Folgen zu vermeiden gewesen. Warum stets erst lange hartnäckig kämpfen, bevor man die Hand zur Verständigung bietet?

Dann werden aber auch die Industriellen — ebenso wie die Bau-Unternehmer in diesem Frühjahr — einschen lernen, daß Massenaussperrungen doch noch kein Haubermittel sind, um die aufwärtsstrebende Arbeiterschaft bedingungslos niederzumerzen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dann einseitig zu diktieren. Sie wie die gesamte Industrie werden besser davor sehen, wenn sie die Gleichberechtigung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet anerkennen und den gewerblichen Frieden zu fördern suchen. Bei der christlich organisierten Arbeiterschaft werden sie dabei volles Verständnis für die Bedürfnisse des Gewerbes und Entgegenkommen finden.

Sehr lehrreich war die beendete Bewegung auch für das Verhältnis zwischen den verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Die falsche und arbeiterschädigende Taktik der sozialdemokratischen Verbände bei der Einleitung der Werftarbeiterbewegung ist an dieser Stelle schon zur Genüge kritisch beleuchtet worden. Durch die anfängliche Ausschaltung der christlichen und Hirsch-Dunderschen Organisation wurde die geschlossene Front auf Seiten der Arbeiter durchbrochen, die öffentliche Meinung zum erheblichen Teil gegen die kämpfenden Werftarbeiter eingenommen, während eine vernünftige Taktik das Gegenteil mit allen erlaubten Mitteln anstreben muß, um die besten Chancen für die Arbeiterforderungen zu schaffen. Nachher haben die maßgebenden sozialdemokratischen Führer — scheinbar dem öffentlichen Druck nachgebend — ihren Widerstand gegen die Zuziehung der christlichen und Hirsch-Dunderschen Organisationen aufgegeben und so ein einheitliches Vorgehen ermöglicht. Dieses hätte von Anfang an geschehen sollen, manche scharfe Auseinandersetzung wäre zwischen den Organisationsrichtungen erspart geblieben. Die Bewegung hätte ein ganz anderes Bild gezeigt, die geschlossene Einheit der Arbeiter wäre vorhanden und jede unnütze Heft- und Kraftvergeudung in polemischen Auseinandersetzungen überflüssig gewesen. Hoffentlich bleiben die verantwortlichen Führer des deutschen Metallarbeiterverbandes sich dessen bewußt und beherzigen die Lehren des Werftarbeiterkampfes, damit sich derartige Vorkommnisse nicht wiederholen.

Vorgänge, wie sie sich kürzlich in Schwäbisch-Gmünd abspielten, lassen diese Hoffnung allerdings sehr gering erscheinen. Noch selten ist eine Bewegung durch die Herrschaft und Intoleranz sozialdemokratischer Führer — zum Gaudium der Unternehmer und schweren Schaden der Arbeiter — so verfahren und die Arbeiterschaft so durcheinandergehetzt worden, wie es in Schwäbisch-Gmünd geschehen. Hier kommt allerdings als Macher im sozialdemokratischen Lager ein Mann in Frage, dessen Hinterlist und Fanatismus gegen Andersdenkende keine Grenzen kennt. Der Name Borhöfzer besagt genug. Wir hoffen, daß die verantwortlichen Stellen im Deutschen Metallarbeiterverband diese zersetzende Taktik nicht gutheißen und der Hezarbeit eines Borhöfzer bald Schranken ziehen werden. Dann werden solche Trauerspiele in der Metallarbeiterbewegung bald der Vergangenheit angehören. Eins mögen unsere Gegner im Arbeiterlager dabei nicht vergessen: Wenn sie uns die Anerkennung der Gleichberechtigung gewaltsam vorenthalten, werden wir sie uns zu erkämpfen wissen. Eine Schmach ist's allerdings schon, daß dies unter Berufs- und Standesgenossen erst noch nötig ist.

Aus dem gefagten ergibt sich für die christlich gesinnten Metallarbeiter die Schlussfolgerung, nach allen Seiten hin auf der Hut und Wacht zu sein.

Größere Massen unter unserm Banner sammeln, das soll uns der aufregende Kampf der letzten Wochen in erster Linie gelohnt haben. Die drohende Massenanzammlung hat die Launen und Faullen aufgerüttelt, wie ein Warnsignal hat sie die Metallarbeiter allerorten an ihre Pflicht erinnert, sie zu den Fahnen der Organisation gerufen. Diese Zeit der Ernte gilt es auszunutzen. Darum auf der ganzen Linie an die Arbeit! Kollegen, mit Hochdruck steht hinter die Agitation! Der Meßenkampf ist nur für diesmal abgewendet, über kurz oder lang werden wir wieder vor derselben folgenschweren Situation stehen. Einmal werden sich die gegenseitigen Kräfte im gigantischen Meßenkampf messen. Bauen wir vor. Sorgen wir dafür, daß wir gerüstet sind und allen kommenden Stürmen ohne Angst und Zagen entgegen sehen können.

Die Arbeiterversicherung in Europa.

II.

Im vorausgehenden Artikel ist dargelegt worden, daß im Deutschen Reich 1908 13 189 600 Personen gegen Krankheit versichert waren, rund ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Das ist eine Folge der Zwangsversicherung, in deren Kreis demnach, durch die Reichsversicherungsordnung, weitere fünf bis sechs Millionen Personen eingezogen werden sollen. Wie kleinlich steht die Versicherung des Auslandes gegenüber diesen Zahlen da! Das vielgerühmte England mit Frankreich zusammen haben nicht soviel Versicherte, nur 11 Millionen, trotzdem die Einwohnerzahl dieser beiden Länder um fast 20 Millionen größer ist als die des Deutschen Reiches. Im nächstfolgenden folgt eine vergleichende Zusammenstellung über die Krankenversicherung nach einer im Juli 1910 erfolgten Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amtes. In dieser Tabelle fehlt merkwürdigerweise unser Nachbarland die Schweiz. Die schweizerische Krankenversicherung, nach dem Gesetz vom 5. Oktober 1899 kann sich aber sehr wohl neben den Vergleichsländern sehen lassen. Ein großer Teil der Bevölkerung ist dort der Versicherungspflicht unterworfen. Als Krankengeld werden 60 Prozent des Tagelohnes bezahlt. Die Unterzuzugsdauer beträgt ein Jahr. Außer der Schweiz haben neben Deutschland nur noch Oesterreich-Ungarn, Norwegen und Luxemburg den Versicherungszwang gesetzlich angeordnet.

Bedauerlicherweise sind die statistischen Angaben, insbesondere die hinsichtlich der Leistungen der Krankenkassen in verschiedenen Ländern, unvollkommen. Man kann aber aus der Aufstellung ruhig den Schluß ziehen: Sämtliche hier aufgezählten fremden 12 Länder haben zusammen genommen nicht soviel an Leistungen aufzuweisen, als die deutsche Krankenversicherung allein.

In den Angaben betreffend Beiträge ist noch zu bemerken, daß diese in Ländern ohne Zwangsversicherung zum Teil von den versicherten Arbeitern allein aufgebracht werden müssen. In Deutschland zahlen die Arbeiter sechs Neuntel, die Arbeitgeber ein Neuntel, und die übrigen drei Neuntel Staat und Gemeinde. Aus Spanien ist nur bekannt, daß dort 1200 Hilfsvereine bestehen; welche Beiträge dort bezahlt und welche Leistungen dort gewährt werden, darüber enthält die Statistik keine Angaben.

Mit der Versicherung der Arbeiter gegen Unfall durch öffentlich-rechtliche Einrichtungen, statt der zivilrechtlichen Haftung, ist Deutschland den übrigen Ländern vorgegangen. Durch Gesetz vom 6. Juli 1884, das im Laufe der Jahre ergänzt und erweitert worden ist, wurden für die verschiedenen Berufsgruppen, sowohl für Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr, als auch für die Landwirtschaft, korporative Verbände, Berufsgenossenschaften vorgeschrieben, die auf alleinige Kosten der Unternehmer Unfallentschädigungen den Verletzten oder deren Hinterbliebenen zu gewähren haben. Versichert sind Arbeiter und Beamte bis zu einem Jahresgehalt von 3000 Mark. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach dem Grade der Erwerbsbeschränkung bis höchstens zwei Drittel des verdienten Lohnes.

Nach der vorliegenden Statistik 1908 waren der deutschen Unfallversicherung unterstellt rund 24 Millionen Personen. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungen betrug 157,9 Millionen Mk. Die Entschädigungssummen, die im Jahre 1886 2 Millionen Mark betragen, sind von Jahr zu Jahr auf den vorhin genannten Betrag gestiegen. Von 1886 mit 1908 wurden insgesamt an Entschädigungen, Renten ausbezahlt die runde Summe von 1622 Millionen Mark.

Die folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Zahl der Versicherten und die Summe der jährlichen Entschädigungen und Renten in jenen Ländern mit Zwangs-Unfallversicherung.

Die Angaben über die Unfallversicherung in den einzelnen Ländern sind allerdings nicht vollständig. Frankreich z. B. hat Zwangsversicherung und freiwillige Versicherung. Es zahlen dort Unternehmer und Arbeiter Beiträge, auch Staatszuschuß wird gewährt. Rente wird gewährt bis zu 66% Prozent des Jahreslohns. Ungarn, das in der Uebersicht nicht aufgeführt ist, hat Zwangsversicherung; es gewährt Unfall- und Invalidenrente. Unternehmer wie Arbeiter zahlen Beiträge. In Italien werden an Entschädigungen gewährt: Für Unfallkranke ein Tagelohn bis zu 50 Prozent des Lohnes; für Invaliden eine Kapitalabfindung bis sechsfachen Jahreslohn, für Hinterbliebene eine solche bis zum fünffachen Betrag.

Uebersicht

Länder	Versicherte in Millionen	Entschädigungen in Mill. Mark	Beiträge der Arbeitgeber	Beiträge der Arbeiter
Deutschland	23,7	157,9	181,6 Mill.	keine
Oesterreich	3,03	15,8	90 %	10 %
Italien	1,8	?	6,5 M. p. Versich.	ja
Frankreich	?	53,7	ja	ja
Norwegen	0,24	?	1,68 M. p. Versich.	?
Spanien	0,09	0,22	10,40 M. p. Versich.	?
Niederlande	0,09	7,9	5,1 Mill.	?
Luxemburg	0,036	?	1,07 Mill.	?

Aus dem Bericht der Handelskammer Bochum.

Die Landratskammer zu Bochum, wozu die Stadtkreise Bochum, Gelsenkirchen, Witten, Herne und die Landkreise Bochum, Gelsenkirchen und Kreis Hattingen gehören, veröffentlichte neben den Jahresbericht von 1909. Derselbe wird eingeleitet mit einem allgemeinen Rückblick auf das verflossene Wirtschaftsjahr, woraus zu entnehmen ist, daß der im Herbst 1907 hereingebrochene wirtschaftliche Niedergang sich bis tief in das Berichtsjahr fortgesetzt hat. Wiederholte Anläufe, so lesen wir in dem Bericht, zur Besserung der Marktlage fanden wie im Jahre 1908, so auch in der ersten Hälfte des Berichtsjahres immer bald ein schnelles Ende. Insbesondere hatte der Kohlenbergbau trotz der weitgehenden Produktionsbeschränkungen von 20% für Kohlen und 40% für Roß, mit Absatzstörungen zu kämpfen, unter denen die Läger immer mehr anwuchsen. Nicht viel besser waren die Verhältnisse auf dem Eisenmarkt, der durch die am 1. Januar 1909 erfolgte Auflösung des Düffeldorfer Beihensyndikats an Halt verloren hatte. Und auch bei den meisten anderen Gewerbebezügen erfolgte keine oder doch nur eine unwesentliche Zunahme der Tätigkeit. Vor allem blieb das Baugewerbe wenig beschäftigt, auf dem sich die übliche Frühjahrsbelebung trotz zunehmender Flüssigkeit und Verbilligung des Geldes (am 16. Februar wurde der Reichsbankdiskont von 4 auf 3½ % festgesetzt) nicht einstellen wollte.

Folgende Gründe führt der Bericht dann für diese Wirtschaftslage an: Die durch das Zerwürfnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien bewirkte hochgradige politische Spannung, die drohenden Kriegsgefahren vom Balkan, die revolutionäre Umwälzung in der Türkei, die ungünstigen Nachrichten über die Entwicklung des amerikanischen Marktes, der auch nach Beendigung der Präsidentschaftswahl nicht den bestimmt erhofften Aufschwung nahm, ferner die nachträglich als ganz falsch sich erweisenden ungünstigen Schätzungen über den Ausfall der bevorstehenden Ernte sowohl in Deutschland, wie in den sonst in Betracht kommenden Produktionsländern. Außerordentlich lähmend auf die Unternehmungslust wirkten endlich auch die seit dem Herbst 1908 sich hinziehenden und zu

Vergleichende Uebersicht.

Länder	Einwohner in Millionen	Lohnarbeiter in Millionen	Versicherte in Millionen	im Jahr in Millionen Mark	Leistungen Mark pro		Beiträge	
					Strantien	Krankeentag	in Millionen Mark	Versicherte pro Kopf in Mark
Deutschland	63	16	13,2	331	58	3,00	70,9	26,60
Oesterreich-Ungarn	48,8	13,2	3,84	62,5	32,9	2,12	31,5	18,65
Italien	33	10	1	4	—	—	7,5	7,50
Frankreich	39	9,5	4,3	22	27,50	1,80	35	8,50
Belgien	7,4	2,1	0,42	3,6	36	1,60	3,8	9
Großbritannien	43,5	13,5	6,1	?	?	?	?	?
Norwegen	2,4	0,4	0,44	?	?	?	?	?
Schweden	5,4	1	0,72	?	?	1,32	?	8,76
Dänemark	2,7	0,4	0,76	?	?	2,25	?	7,57
Spanien	3	0,5	0,04	?	?	?	?	9,61
Niederlande	20	7	?	?	?	?	?	?
Luxemburg	5,8	1,3	0,60	?	?	?	?	?
	0,25	0,05	0,03	1,17	39,12	2,66	?	33,50

Ostern ins Stocken geratenen Verhandlungen über die Reichsfinanzreform.

Der Bericht betont dann weiter, daß die am 12. Juli endlich erfolgte Annahme der Vorlage über die Reichsfinanzreform durch den Bundesrat den Beginn einer langsam aufsteigenden Bewegung eingeleitet habe, welche der deutschen Volkswirtschaft zum Vorteil gereicht. Seit August hat auf dem Eisenmarkt eine Zunahme der Nachfrage, insbesondere nach Fertigfabrikaten sich bemerkbar gemacht, namentlich konnte die Elektrizitätsindustrie ihre Tätigkeit steigern. Nachdem der Bericht dann darauf hinweist, daß die am Ende des Berichtsjahres berechnete Hoffnung, daß nach anberthaltjähriger Depression ein neuer Aufschwung bevorstehen möge, sich im bisherigen Verlauf des Jahres 1910 nicht erfüllt habe, lesen wir in dem Bericht wörtlich:

„Es ist doch ein sehr bemerkenswertes Zeichen, einmal für die Gesundheit unserer volkswirtschaftlichen Verfassung und dann auch für das ausgeprägte soziale Verantwortungsgefühl unserer Unternehmer, daß während der zweijährigen Depressionsperiode, die hinter uns liegt, die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter sich nur wenig vermindert und daß ihr Einkommen eine verhältnismäßig geringe Abnahme erfahren hat. Man darf nicht vergessen, daß unsere Industrie durch staatliche und kommunale Steuern und durch die soziale Versicherung eine schwerere Belastung trägt, als irgend eine andere der kostbareren Industrien; eine Belastung, die von Jahr zu Jahr gestiegen ist und deren weitere Vermehrung für die aller nächste Zukunft durch die Reichsversicherungsordnung und die angestrebte Privatbeamtenversicherung in bestimmter Aussicht steht.“

Nach diesem allgemeinen Rückblick wendet sich der Bericht, nach dem speziell die Lage im Bergbau behandelt ist, der Eisenindustrie zu. Aus den Zahlen, welche der Bericht angibt, ist zu entnehmen, daß die Hoheisengewinnung des Deutschen Reiches (einschließlich Luxemburg) im Berichtsjahre eine kräftige Ausdehnung erfahren hat, so daß der Höhepunkt des Jahres 1907 beinahe wieder erreicht wurde. Sie belief sich

1907 auf 13 046 760 To.
1908 auf 11 813 511 To.
1909 auf 12 917 653 To.

und übertrifft damit diejenige des Jahres 1908 um 15% und diejenige von 1900 um 53%. Der Anteil an der Gesamtproduktion betrug für Rheinland und Westfalen 1909 42,9%, für Lothringen-Luxemburg 29,9%.

In den Preisen ergibt der Jahresdurchschnitt für 1909 nach den Notierungen für „Stahl und Eisen“ einen erheblichen Rückgang.

Im Bezirk der Handelskammer bestehen zur Zeit 20 Hütten- und Walzwerke. Diese Werke haben im Berichtsjahre zusammen 21 574 Arbeiter beschäftigt gegen 22 223 im Vorjahre, also 649 weniger. Aus den Spezialberichten der einzelnen Werke ist zu entnehmen, daß die Durchschnittslöhne der Arbeiter auf einigen Werken etwas gestiegen, auf den meisten derselben aber um ein Bedeutendes gesunken sind. So sank beispielsweise der Durchschnittsjahresverdienst für die Arbeiter des „Bochumer Vereins“, eines der größten Werke, welches im Bezirk in Betracht kommt, von 1459,25 Mk. auf 1411,82 Mk. Die Arbeiter der „Hennrichshütte“ Hattingen verdienten im Durchschnitt pro Schicht 23 Pfennig weniger wie im Vorjahre. Der Lohn sank von 4,73 Mk. auf 4,50 Mk. pro Arbeiter.

Die Zahl der unter die beiden Gruppen „Metallverarbeitung und Maschinenindustrie“ fallenden Betriebe betrug im Berichtsjahre 98. In denselben wurden beschäftigt 9684 Arbeiter gegen 10 367 im Jahre 1908. Der Rückgang der Arbeiterzahl, über welchen schon im Vorjahre zu berichten war, hat also angehalten und sich auf fast sämtliche Betriebe verteilt. Betreffs der Löhne zeigt sich ungefähr dasselbe Bild, wie für die Arbeiter der Hütten- und Walzwerke. Während auch hier der Lohn sich in einigen Betrieben etwas erhöht hat, bemerken wir in anderen wieder ein Sinken desselben. Der Bericht schreibt, daß die Eisengießereien und Maschinenfabriken den schlechtesten Geschäftsgang der Eisengroßindustrie und des Bergbaues an deren geringeren Nachfrage deutlich verspüren konnten. Vielfach konnte ein eingeschränkter Betrieb nur unter Kürzung der Arbeitszeit aufrecht erhalten werden, um die Arbeiter während des Winters nicht der Arbeitslosigkeit preiszugeben. In Brücken- und Eisenkonstruktionen herrschte Arbeitsmangel. Erst in der zweiten Jahreshälfte wurde das Geschäft etwas lebhafter.

Die chemische Industrie war im Kammerbezirk durch 75 Betriebe mit zusammen 2001 Arbeiter vertreten, gegen 72 Betriebe mit 1971 Arbeitern im Vorjahre. Aus den Spezialberichten der einzelnen Werke ist zu entnehmen, daß die Durchschnittslöhne für die Arbeiter auf der Fabrik „Chemische Industrie“ Bochum von 5,03 Mk. im Jahre 1908 auf 4,20 Mk. gesunken sind. Dabei berichtet das Werk: Die Arbeiterverhältnisse waren zufriedenstellend. Ein anderes Werk berichtet: Arbeitskräfte, besonders weibliche, waren im Ueberflusse vorhanden. Im allgemeinen können auch die Berichte, welche von den einzelnen Werken in der chemischen Industrie stammen, gerade nicht als gut bezeichnet werden.

Soweit einige Angaben aus dem Bericht, welche für uns Interesse haben. Aus demselben ist zu ersehen, daß die Wirtschaftskrise auch im Handelskammerbezirk Bochum sich bemerkbar gemacht hat, vor allem aber

Gewerkschaftliches.

Ein Ausporn zur erhöhten Opferwilligkeit

muß die aufregende Bewegung auf den Geschäftswerten allen Metallarbeitern sein, wenn auch die Kriensausperrung im letzten Stadium noch einmal vermieden werden konnte. Was heute nicht wurde, kann jeden Tag in der nächsten Zukunft wieder kommen. Deshalb heißt es, beizzeiten vorzuden. Im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband waren für den Fall der Ausperrung schon Extrabeiträge vom Vorstand ausgeschrieben. In einer Anzahl von Ortsverwaltungen waren solche bis zu einem Tagelohn pro Woche schon beschlossen.

Wer auch jetzt, wo die Ausperrung zurückgezogen ist, werden solche Extrabeiträge dennoch erhoben, um den Kampffonds zu stärken. In einer großen Anzahl von Städten hat der sozialdemokratische Verband am letzten Sonntag Versammlungen abgehalten mit der Tagesordnung: „Erhebung von Extrabeiträgen.“ Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M. hat beschlossen, einen wöchentlichen Extrabeitrag von 30 Pfg. zunächst für die Dauer von 13 Wochen zu erheben. Ähnliche Beschlüsse sind jedenfalls noch in Menge zu erwarten oder schon gefaßt worden, ohne viel Aufhebens nach außen davon zu machen.

Demgegenüber dürfen auch die christlich-organisierten Metallarbeiter nicht zurückbleiben. Öffentlich werden auch unsere Kollegen die Zeichen der Zeit zu deuten und die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen wissen. Gewiß stehen die Finanzverhältnisse unseres Verbandes im Vergleich mit anderen Organisationen günstig da, aber eine Massenausperrung von längerer Dauer erfordert auch Umsinnen an Munition. Deshalb dürfen wir uns nicht in falsche Sicherheit wiegen, sondern müssen mit Nachdruck bestrebt sein, die guten Massenverhältnisse nicht nur zu erhalten, sondern noch zu verbessern, um auch den schwersten Stürmen der Zukunft gewachsen zu sein.

Jetzt ist der rechte Zeitpunkt zur Steigerung der Opferwilligkeit da; die Gemüter sind durch die in greifbare Nähe gerückte Massenausperrung noch in Erwartung, der Ernst der Situation ist jedem vernunftig denkenden Metallarbeiter zum Bewußtsein gekommen. Jeder weiterblickende Arbeiter wird ohne weiteres einsehen, daß nur ein harter Kriegsfonds im Stande ist, die Bestrebungen der Arbeiter nachhaltig zu stärken. Darum säumt nicht, Kollegen, zeigt, daß die christlichen Metallarbeiter in der Opferwilligkeit stets im ersten Riede marschieren.

Was die Stunde heißt?

Der „Arbeiter“-München, das Organ der kath. Arbeitervereine Süddeutschlands, bringt in seinen Nummern 37 und 38 unter vorstehender Ueberschrift zwei Artikel, die auf eine energische Förderung der christlichen Gewerkschaften innerhalb der Arbeitervereine hincielen. Im zweiten Artikel werden Hinweise für die Praxis gegeben, wie die gewerkschaftliche Propaganda für die christlichen Berufsorganisationen zu betreiben sei. Genauer Berufs- und Organisationsstatistik, dann fortgesetzte wichtige Aufklärung seien in erster Linie notwendig. Mit abgeleiteten Gemeinplätzen und platonischen Sympathieerklärungen läme man keinen Schritt weiter.

„Der ganze Ernst der Situation muß den unorganisierten Vereinsmitgliedern vorgehalten und ihnen mit Nachdruck gesagt werden: Ihr gehört in die christlichen Gewerkschaften, aus wirtschaftlichen, religiösen, kulturellen und vaterländischen Gründen; ja, ihr seid moralisch und sittlich verpflichtet, dort mitzuarbeiten und mitzukämpfen. Die Aufklärungsarbeit muß so betrieben werden, daß kein einziges Mitglied mehr Unkenntnis vor-schützen und sich mit dieser Ausrede an seinen gewerkschaftlichen Pflichten vorbeidrücken kann. Es muß soweit kommen, daß jeder unorganisierte christliche Arbeiter sich als nicht vollwertig fühlen und dieserhalb schämen muß.“

Das wichtigste Kapitel sei die Erziehung der Mitglieder zur Opferwilligkeit. Wenn sogar der Präses sich in Klagen erginge über die Höhe der Gewerkschaftsbeiträge, dann sei es gar nicht verwunderlich, wenn in den Arbeitervereinen so viele Drückesberger seien. Hunderttausende von sozialdemokratischen Arbeitern könnten die Beiträge für ihre Verbände erschwingen. „Und du, christlicher Kollege, stellst dir das beschämende Armutszeugnis aus, du könntest es nicht? Sind deine Interessen weniger wichtig? Sind deine Ideale nicht viel höhere Opfer wert, als die eines Sozialdemokraten? Gib eine ehrliche Antwort auf diese Fragen und du wirst nicht mehr mit der dich selbst beschämenden Ausflucht kommen, die Beiträge seien zu hoch.“

„Sehr zu empfehlen sind“ so heißt es weiter, „wiederholende gemeinsame örtliche Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, um die richtige enge Fühlung zwischen Gewerkschaften dauernd aufrecht zu erhalten. In solchen Sitzungen können Richtlinien für die gegenseitige Unterstützung und Förderung aufgestellt, praktische Direktiven gegeben, vor allem auch durch Austausch der Meinungen etwaige Vorurteile und Spannungen zum Besten beider Teile ausgeglichen werden. Vorbedingung für den Erfolg solcher gemeinsamer Sitzungen ist aber das sachliche Bedürfnis dazu, d. h. es muß genügend aktueller Beratungsstoff vorliegen. Sonst können sie eventuell mehr Schaden als Nutzen bringen.“

weisen gelegt ist. Die Last wird sogar zum Teil mittelbar aufgewogen durch die infolge der Wohltaten der Versicherung gesteigerte Leistungsfähigkeit und Lebensführung der unteren Schichten. Sie fördern die Gütererzeugung und den Verbrauch und damit das Abgabegeld der Unternehmer. Die Versicherungsbeiträge werden so mittelbar zu werbendem Kapital. Die gemeinsame soziale Arbeit überbrückt ferner die Kluft zwischen Arbeiter und Unternehmer. Der mit der früheren Haftpflicht verbundenen Erbitterung zwischen ihnen ist im wesentlichen der Boden entzogen: „Haftpflicht bedeutet Streit, Versicherung den Frieden“. Beide Teile lernen einander verstehen, und sie finden auch auf gesetzlich nicht geregelter Boden den Weg zu sachgemäher, beiden Teilen nützlicher Arbeit; unter anderem auf dem Kampffelde der Arbeitsstärkung, der Regelung der Arbeitszeit u. dgl.

Der Zusammenschluß in berufsgenossenschaftliche Verbände hat auch die Arbeitgeber einander näher gebracht. Aus Konkurrenten, die sich gegenseitig abgeschossen, sind einander persönlich vertraute Berufsgenossen geworden, die sich zur Wahrung auch ihrer allgemeinen Geschäftsinteressen organisiert haben. So sind die Organisationen der Arbeiterversicherung endlich auch ein politisch wichtiges Bindeglied zwischen Nord und Süd des gemeinsamen Vaterlandes geworden. Weitere Schritte auf die für die Staaten und Gemeinden nach alledem aus der Arbeiterversicherung fließenden Vorteile liegen auf der Hand.

Alle diese Erfolge machen die deutsche Arbeiterversicherung zu einer der bedeutendsten und wohlthätigsten Errungenschaften der Neuzeit. Sie verdankt sie vornehmlich der Gestaltung ihrer Grundlagen, in denen mit glücklicher Hand Zwang und Freiheit vereint sind. Man hat zur Erreichung des Klees, die bedürftigen Kreise möglichst vollzählig der Fürsorge zuzuführen, verschiedene Mittel versucht. Beispielsweise die Verbesserung der Armenpflege, die Erweiterung der Haftung der Unternehmer, die Verbindung dieser Haftpflicht mit der Versicherung, indem man dem Unternehmer freistellt, ob und wie er sich gegen seine Haftpflicht versichern will, oder indem man ihn zwingt, seine Arbeiter bei bestimmten Gesellschaften zu versichern. Endlich auch durch Errichtung staatlicher Anstalten, bei denen er die Versicherung nehmen kann und durch staatliche Uebernahme der Bürgschaft für zahlungsunfähige Unternehmer und Versicherungsanstalten.

Gegenüber allen diesen mehr oder weniger unzulänglichen Einrichtungen hat Deutschland von vornherein den unmittelbaren Versicherungszwang eingeführt. Danach sind die der Versicherung als bedürftig anerkannten Volkskreise der Versicherung kraft Gesetzes ohne weiteres unterworfen und die zur Tragung der Lasten bestimmten Personen sind ebenso gesetzlich zur Entrichtung der Beiträge verpflichtet. Dadurch wird die Versicherung als öffentlich rechtliche Einrichtung sichergestellt. Mit diesem Zwange ist aber eine so weite Freiheit der Versicherungsträger verbunden, wie sie kaum auf einem anderen Rechtsgebiete besteht: die Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten sind freie sozialpolitische Organisationen, deren Selbstverwaltung gesetzlich verbürgt ist. Diese Bewegungsfreiheit läßt bei den ehrenamtlich tätigen Organen den Gedanken, daß sie in einer Zwangseinrichtung arbeiten, völlig in den Hintergrund treten. Sie fühlen sich auf ihrem Arbeitsfelde, auf das sie durch das Vertrauen der Berufsgenossen in freier Wahl berufen sind, wohl und stellen, oft über das geforderte Maß hinaus, freudig ihre Kraft zur Verfügung, um das Beste zu leisten.

Aber die deutsche Arbeiterversicherung hätte gleichwohl nicht in dem Grade über den gesetzlichen Zwang hinaus warmherzig gehandhabt werden können, wie sie es tatsächlich wird, wenn an ihrer Wiege neben den Grundfäden der mit dem Organisationszwange verbundenen Freiheit der Betätigung nicht auch der erhabene Gedanke des „göttlichen Gebots der Nächstenliebe“ gewaltet hätte. In seinen Reden vom 2. April 1881 und 9. Januar 1882 über das vorgelegte Unfallversicherungsgesetz erklärte Bismarck, ein Staat, der seiner großen Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bekennern des christlichen Glaubens besteht und praktisches Christentum treiben wolle, solle den Armen, Schwachen und Alten der Hilfe nicht verjagen, damit auch bei den bisher Schutzlosen allmählich die Ueberzeugung aus der Praxis sich einbürgere, daß der Staat nicht bloß sich ihrer erinnere, wenn es gelte, Steuern zu stellen oder Klassensteuer zu zahlen, sondern, daß er auch an sie denke, wenn es gelte, sie zu schützen und zu stützen, damit sie mit ihren schwachen Kräften auf der Pfortstraße des Lebens nicht überannt und niedergedrückt werden. Der Geist dieser Worte lebt in den Daten der durch sie inaugurierten Arbeiterversicherung. Und ihm haben Versicherungsträger und Aufsichtsbehörde in den ersten 25 Jahren ihrer Wirksamkeit den Willen und die Kraft geschöpft, das ihnen anvertraute Vermächtnis Kaiser Wilhelm I. zum Segen des deutschen Volkes auszuführen. Wir aber vertrauen, daß jener Geist weiter leben wird und daß das mühe- und opfervolle Werk christlicher Caritas, so prunklos es sich nach außen gibt, im stillen weiter unschätzbare und unergänzliche Werte für die soziale Gesundung unseres Volkes wirken wird.

die Arbeiterschaft, besonders die Metallarbeiter, den Druck derselben verspüren konnten. Wenn in dem Bericht von dem ausgeprägten sozialen Verantwortungsgefühl der Unternehmer die Rede ist, so haben viele Arbeiter in dem Berichtsjahre davon bitter wenig verspüren können. Rechnen wir zu den reduzierten Löhnen noch die Feierschichten, welche in verschiedenen Werken eingelegt worden sind, so hat sich bei vielen Arbeitern das Einkommen bedeutend vermindert. — Wenn der Reingewinn der einzelnen Werke im Berichtsjahre gefallen ist, so blieb für den Unternehmer doch noch immer eine schöne Summe zur Verteilung übrig. Die Metallarbeiterschaft hat, eben weil sie sich doch zu viel auf das soziale Verantwortungsgefühl der Unternehmer verlassen hat, schlechter mit dem Geschäftsjahr 1909 abgeschnitten. Neben dem verminderten Einkommen bestehen in den einzelnen Werken noch eine Anzahl Mißstände, die bei etwas gutem Willen der Unternehmer leicht beseitigt werden können. So läßt die Durchführung der Bundesratsverordnung für die Großeisenindustrie in manchen Werken noch viel zu wünschen übrig. Die Metallarbeiterschaft im Handelstammerbezirk Bochum hat es bisher noch zu wenig verstanden, sich einen Stützpunkt in der Organisation zu schaffen. Auch ihnen bleibt, wollen sie ihre Lage verbessern, auf die Dauer nichts anderes übrig, als sich im christlichen Metallarbeiterverband eine Interessenvertretung zu schaffen.

Fünfundzwanzigjähriges Jubiläum der deutschen Arbeiterversicherung.

Am 1. Oktober 1910 begingen die deutschen Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten die Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung durch einen Festakt im Reichstagsgebäude, nachdem tags zuvor in der Vorhalle des Reichsversicherungsamtes das Standbild des 1. Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Dr. Bödiker, feierlich enthüllt worden ist. Diese feierliche Kundgebung im Reichstag, so schreibt die „Allg. Volkstz.“ verdient die Aufmerksamkeit der gesamten Kulturwelt. Denn die deutsche Arbeiterversicherung ist zum Vorbild geworden in dem Streben der Völker nach Einrichtungen zum Schutze gegen die wirtschaftliche und soziale Schädigung der arbeitenden Massen durch die neuzeitliche Entwicklung der Industrie.

Aber nicht nur mit seinen schöpferischen Ideen zum Wohle und Segen der Arbeiterschaft ist Deutschland bahnbrechend allen Ländern vorausgegangen. Es steht auch in seinen Leistungen unerreicht da. Im Jahre 1909 waren der Krankenversicherung in Deutschland bereits etwa 13,4 Millionen Personen unterworfen, der Unfallversicherung 24,1 und der Invalidenversicherung 15,45 Millionen. In dem Zeitraum von 1885 bis 1909 wurden an Krankenunterstützungen 3 983,2 Millionen, an Unfallentschädigung 1 803,9 u. an Invalidenrenten 1 864,1 Millionen Mark gezahlt. Die Gesamtausgaben beliefen sich in dieser Zeit auf 8 414,4 Millionen Mk. Das Vermögen der Versicherungsträger ist für Ende 1909 auf 283,7 Mill. der Krankenversicherung, auf 350,3 Millionen der Unfall- und auf 1 575,2 Millionen Mark der Invalidenversicherung anzunehmen. Besonders hervorzuheben ist, daß außer den bezeichneten Leistungen für gemeinnützige, der versicherungspflichtigen Bevölkerung zugute kommende Anlagen neben den Aufwendungen der beiden anderen Organisationen die Invalidenversicherung allein 929 324,554 Mk. zu geringem Zinsfuß hergeliehen hat. Dadurch ist namentlich der Bau von Arbeiterwohnungen und Krankenhäusern musterträchtig gefördert worden.

Zu diesen im Gesetz vorgeschriebenen oder zugelassenen unmittelbaren Leistungen kommen noch mittelbare Wirkungen hinzu. Ihr Segen läßt sich ziffernmäßig überhaupt nicht erfassen. Zu ihnen gehört insbesondere die Hebung des Wohlstandes der Arbeiterbevölkerung. Ihre Kaufkraft und Lebenshaltung sind erhöht und haben mittelbar wiederum zu Lohnerhöhungen geführt. Hand in Hand damit ging die Besserung des Gesundheitszustandes. Sie ist namentlich durch die Tätigkeit auf dem Gebiete der Unfallverhütung und durch das vorbeugende sowie das auf die Herstellung des erkrankten oder verletzten Arbeiters gerichtete Heilverfahren der Versicherungsträger erzielt worden. Mitgewirkt haben zahlreiche Wohlfahrtsanstalten, die einzelne Arbeitgeber freiwillig getroffen haben. Lebensmut und Arbeitskraft der arbeitenden Bevölkerung haben sich gehoben. Sie werden auch der Wehrkraft des Reiches zugute kommen. Auch die Rechtslage des Arbeiterstandes ist günstiger. Er hat, auf private Wohltätigkeit und Armenpflege dennoch angewiesen, einen öffentlich rechtlich gesicherten Rechtsanspruch auf Fürsorge, und er nimmt an der Verwaltung und Rechtsprechung in Versicherungsfragen an der Seite des Arbeitgebers selbständig teil.

Aber auch die Arbeitgeber genießen Vorteile der Versicherung. Ihre Lasten bewegen sich immerhin noch in erträglichen Grenzen, weil im Gegensatz zur Haftpflicht die Haftung dem einzelnen abgenommen und auf die leistungsfähigen Schultern der Berufsge-

Sollten alle Organisationsfähigen Arbeitervereinsmitglieder für die Gewerkschaften gewonnen werden, dann müßten in erster Linie die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner der Vereine den Ausgang machen und mit gutem Beispiel vorangehen. Die unorganisierten Mitglieder würden auf alle schönen Vorträge und Zeitungsartikel solange pfeifen, als sie in ihren amtlichen Führern ein schlechtes Beispiel vor Augen hätten.

„Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner sollen ganze Männer, die allerbesten aus dem Verein sein. Die wirklich besten werden aber auch ihre Pflichten als christliche Arbeiter in dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben erkennen und nicht als Unorganisierte in den Tag hineinleben. Wer es aber beharrlich und hartnäckig ablehnt, seine Pflicht auf gewerkschaftlichem Gebiet zu erfüllen, der hat hiermit selbst den Beweis erbracht, daß er zu einer irgendwie führenden Stellung in der christlichen Arbeiterbewegung nicht qualifiziert ist. Die als Idealkandidat zu erwerbende Personalkomposition zwischen Arbeitervereinen und Gewerkschaften muß so zunächst in den beiderseitigen Vorständen und Vertrauensmännern praktisch durchgeführt werden. Das wird auch durchaus nicht so schwer sein, wenn man nur überall den ernstlichen Willen zur Tat befunden wollte.“

Weiter empfiehlt der Artikel besondere Berufs- und Frauenversammlungen, Haus- und Jugendagitation für die christlichen Gewerkschaften durch die Arbeitervereine. Die Arbeitervereinsmitglieder müßten ihre erwerbstätigen Söhne und Töchter den christlichen Gewerkschaften zuführen und die Frauen in geeigneter Weise aufklären.

Der sehr beachtenswerte Artikel schließt mit folgenden Ausführungen:

„Es steckt noch ein ungeheurer Schatz von Idealismus, Energie und Kraft in den katholischen Arbeitermassen. Es gilt nur, diese Triebkräfte zur Entfaltung und praktischer Wirksamkeit zu bringen. In demselben Augenblick, wo alle christlichen Arbeiter offen Farbe bekennen und den Willen zur Tat befunden, d. h. unter das Banner der christlichen Organisationen treten, wird nicht mehr die sozialdemokratische, sondern die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland die ausschlaggebende sein. Die christlichen Arbeiter Deutschlands brauchen nur selbst zu wollen. All denen, die bis heute noch zögernd abseits standen, sei zum Schluß ein Wort von Friedrich Schiller zugerufen: Woran erkennt man eher seinen Lenz, wenn auf das Wort die Tat nicht folgt.“

Möchten diese ernstlichen Mahnungen lauten Wiederhall finden und den ernstlichen Willen zur Tat ansprechen und befruchten.

Die Werftarbeiterbewegung als „Bankrott der Streiktheorie“

„Sich Berlin“ versteht es bekanntlich, aus allen, selbst den unmöglichsten Dingen „Beweise“ für seine Ideen herzuleiten und die gewagtesten Schlussfolgerungen daraus zu konstruieren. Das Sprachrohr von „Sich Berlin“, der „Arbeiter“ Nr. 41, versucht dies wieder in einem zwei Spalten langen Leitartikel mit dem Kampf auf den Werften und der angebotenen Massensperrung in der Metallindustrie. Er überschreibt den Sermon echt fachabteilungsmäßig mit: „Der Bankrott der Streiktheorie“. Einleitend erweist sich der „Arbeiter“ als schlechter Prophet. Er prophezeit nämlich mit erster Miene:

„In dem Augenblick, wo wir dies schreiben, ist nicht die mindeste Aussicht auf eine Verhinderung der großen Aussperrung in der deutschen Metallindustrie vorhanden.“

Die Aussicht auf eine Verständigung ist keinen Augenblick ganz geschwunden gewesen, und wie die Ereignisfolge inzwischen gezeigt haben, hat der „Arbeiter“ daneben getappt und seine weiteren darauf aufgebauten Salbadereien fallen somit in sich selbst zusammen. Der ganze Inhalt des Artikels läßt zudem deutlich hervortreten, daß dem „Arbeiter“ selbst eine schwere Niederlage der Arbeiterstreiktheorie und die „alleinstrebende Idee“ der Fachabteilungen damit beweisen zu können. Soweit hat sich „Sich Berlin“ mit seinem „Scheuklappensystem“ schon selbst gerichtet, daß ihm die Niederlage eigener Standesgenossen als Stütze einer unhaltbaren Idee dienen muß. Leider! Leider!

Im Verlauf seiner Abhandlung über die jüdische Streiktheorie läßt sich der „Arbeiter“ unter Anwendung von Sperr- und Fettdruck u. a. auch wie folgt vernehmen:

„Aber, das kann heute schon gesagt werden: die gegenwärtigen Kämpfe bedeuten nichts geringeres, als den Zusammenbruch, den vollständigen Bankrott der Theorien von der Sicherung des sozialen Friedens durch starke Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die sich nach Brentanoschen und Hübnerschen Rezepten auf dem Boden des wirtschaftlichen Machtkampfes gebildet haben.“

Nichts als leere Behauptungen, theoretische Deklamationen, die durch die realen Tatsachen längst widerlegt sind. Gewiß wollen wir nicht behaupten, und kein ernst zu nehmender Mensch wird es tun, daß wirtschaftliche Machtkämpfe den sozialen Frieden ohne weiteres sicherstellen. Brentano und Hübner haben das auch niemals behauptet, und der Berliner „Arbeiter“ unterschied hier wieder, wie es seine unverbejerrliche Gewohnheit ist. Jeder Mensch, der mit beiden Weiden auf dem realen Boden der Wirklichkeit steht, weiß aber ebenjogut, daß die Fachabteilungsidee noch viel weniger imstande ist, den sozialen Frieden zu verbürgen, oder aber es müßte — ob nach dem Willen der Fachabteilungsleiter, sei dahingestellt — ein Atchhöf Frieden für die Arbeiter sein, die sich wehrlos jede Willkür und Ungerechtigkeit im Arbeitsverhältnis gefallen und das Teil ruhig über die Ohren ziehen lassen müßten. Für einen solchen „sozialen Frieden“ danken wir

Wollen wir nur beim Werftarbeiterstreik, der dem „Arbeiter“ den „Bankrott der Streiktheorie“ wieder dokumentiert haben soll. Die Werftarbeiter haben einen wesentlichen materiellen Erfolg und bedeutungsvolle prinzipielle Errungenschaften durchgesetzt. Es hört sich wie fremder Wöhrstimm an, da von einem „Bankrott“ einer Theorie zu reden. Daß mit dem fast- und kraftlosen Programm der Fachabteilungen auch nur ein Teil dieser Erfolge den Werften abgerungen worden wäre, werden die Berliner Musikanten doch wohl selbst nicht behaupten wollen. Sie würden sich mit einer solchen Behauptung nur lächerlich machen. Anfanglich lehnten die Werftarbeiter alles rundweg ab und erst die nachdrücklichste Geltendmachung der Arbeiterforderungen hat den Erfolg erzielt. Das „Berliner“ Fachabteilungssystem hätte den Unternehmern nur ein schmerzliches Nicken, aber keinen Pfennig Lohnerhöhung abringen können.

Aber selbst wenn die Bewegung mit einer Niederlage der Arbeiter geendet hätte, so wäre das kein stichhaltiger Beweis für den „Bankrott der Streiktheorie“. Was beweist eine einmalige Schlappe für die Haltbarkeit und Zweckmäßigkeit einer Idee? Wenn nur der ununterbrochene Erfolg für die Haltbarkeit einer Sache maßgebend sein soll, ist keine wirtschaftliche Theorie so in Grund und Boden gerichtet, wie das Antistreibsystem von „Sich Berlin“. Denn von „Erfolgen“ ist bei „Sich Berlin“ nur in endlosen Null-Null die Rede. Mit diesem Leitartikel, den er eine Woche zu früh losgelassen, hat sich der „Arbeiter“ noch einmal gründlich blamiert. Einen bekannten Ausspruch, den der „Arbeiter“ am Schluß auf christliche Gewerkschaftsführer anwendet, künden wir mit viel größerem Rechte „Sich Berlin“ wiedergeben oder dafür variieren: Wenn Gott verderben will, den versieht er mit Scheuklappen.

Gelbe Demagogenkünste.

Während der Einigungsverhandlungen bezüglich der Werftarbeiterbewegung hatte die „Nationalzeitung“ in Berlin eine Umfrage über die Aussichten dieser Angelegenheit bei verschiedenen Berliner Werken und den gelben Vereinen veranstaltet, deren Resultat in ihrer Ausgabe vom 4. Oktober veröffentlicht wurde. Vom Sekretariat der Gelben war der „Nationalzeitung“ mitgeteilt worden, daß die Mitglieder der gelben Werksvereine weder ausgesperrt noch freiwillig die Arbeit niederlegen würden. Weiter wurde dann gesagt:

„Dagegen werden die Metallarbeiter der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften im Fall einer Aussperrung der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes ebenfalls die Arbeit niederlegen.“

Das ist ein dreist erfundener Schwindel, den sich das gelbe Sekretariat höchst eigenhändig aus den Fingern gesogen hat. Jedenfalls aber mit schlauer Berechnung. Mit dieser Schwindelnote, die von unserer Seite sofort als frei erfunden in der Tagespresse zurückgewiesen wurde, sollten die Unternehmer gegen die christlichen und Hirsch-Dunderschen Arbeiter scharf gemacht und nur Verwirrung in die Reihen der Arbeiter hineingetragen werden. Mit solchen verwerflichen Mitteln arbeiten die gelben Drahtzieher, weil sie ihre Sache mit ehrlichen Mitteln überhaupt nicht halten und verteidigen können.

Gelbe erster und zweiter Klasse!

Lebius, der bekannte Häuptling aller Gelben und Amosenteute, will eine Zentralisation seiner Getreuen durchführen. Zu diesem Zwecke haben die Gelben des Kruppischen Werkes in Essen an der Ruhr im Verein mit den Gelben der Burbacher Hütte und der Siemens Werke in Berlin eine Einladung losgelassen zu einem Stelldicheim aller Gelben in Magdeburg am 16. Oktober d. J. Der gelbe Verein des Kruppischen Werkes in Magdeburg selbst will von dieser Zusammenkunft nichts wissen. Trollich ist, daß dieser Verein auch von Lebius abruft, von demselben Lebius, dessen literarisches Porträt „der Bund“, auch Leitblatt der Gelben vom Grusonwerk in Magdeburg-Buckau ist. Die Magdeburger Zeitung berichtet unterm 27. September darüber folgendes:

„Arbeiterverein des Friedr. Kruppischen Grusonwerkes. Der vom Arbeiterverein Friedr. Krupp u. S., Grusonwerk, Sonnabend abend im großen Saale des Konzerthauses (Leipzigerstraße) veranstaltete Vortragabend war von den Mitgliedern und deren Angehörigen stark besucht. Herr Warncke sprach über „die Aufgaben der am 16. Oktober in Magdeburg stattfindenden Konferenz aller Werke und nationalen Arbeitervereine Deutschlands“. Die Konferenz beabsichtigt keine Neubildung von Gewerkschaften, Zentralorganisationen usw., sie soll lediglich die Notwendigkeit eines kritischen Loosens und kostenloser Zusammenschlusses aller auf vaterländischem Boden stehenden Arbeitervereine anstreben. Zweck der Werkvereine sei, den sozialdemokratischen Gewerkschaften entgegenzutreten, auf dem Wege friedlicher Vereinbarung mit den Arbeitgebern die Lage der Arbeiter zu verbessern und durch Errichtung von Wohlfahrtskassen — der Arbeiterverein des Grusonwerkes besitzt eine Unterstüßungskasse, Darlehenskasse, Kranken- und Altershilfskasse — die Zukunft der Mitglieder und ihrer Familien in allen Lebenslagen zu schützen. Der Arbeiterverein Grusonwerk habe mit Lebius in Berlin vertretene gelbe Ideen niemals etwas zutun gehabt und will auch in Zukunft damit nichts zu tun haben, er legt keinen Wert auf den engen Zusammenschluß aller Werkvereine. In ähnlichem Sinne habe sich auch der Konferenzausdruck ausgesprochen.“

Daß dich das Mäuslein heißt! Dem Sirenenesang wollen also die Gelben Magdeburgs nicht folgen. Da wäre eine Klassifizierung der Gelben in folgende Abteilungen vielleicht eine glückliche Lösung:
1. Klasse, Gelbe mit Gesangsverein, Amosenkasse und obligatem Freibier mit Scheuklappenbrötchen.

2. Klasse, Gelbe ohne diese schöne Einrichtungen, auch schon einmal die Brocken hinwerfen, wenn die Wünsche nicht erfüllt werden.

Es geht doch nichts über die „siegreiche Lebensweise der von uns vertretenen Ideen“, die Lebius in der Aufrufe zu dem Stelldicheim im „Bund“ verherrlicht.

Obergrenze Honrath-Nachen als Reifemarschall

Unter dieser Ueberschrift hatten wir in Nr. 40 eine Notiz mit der Erklärung eines Reisebüros gebrauchlich Honrath mit der Vermittlung von Ausstellungen reifen ein gutes Geschäft gemacht haben sollte. In einem Brief an die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“, die eine ähnliche Notiz gebracht hatte, befreit Honrath die Augen des betreffenden Reisebüros. Es sei nicht wahr, daß er an dem Arrangement nach Brüssel 179,05 Mark verdient habe. Er gibt folgendes zu seiner Rechtfertigung an:

Ich habe für das Bureau 933,75 Mk. ein Cassiert. Von habe ich in Auftrage und für Rechnung des Bureau gezahlt für 10 Inserate, 34 Fahrkarten, Porto und sonstig auf schriftliche Anweisung des Bureau gedachte Verbindlichkeiten 936,30 Mk., jedoch mir noch ein Betrag von 2,000 Mark zusteht. Auf die Zahlung dieses Betrages habe ich verzichtet. Die Rechnung wurde auf Grund der Angaben des Reisebüros und meiner Belege von der Wachen Polizeibehörde geprüft und für richtig befunden. Auf Grund dieses Befundes habe ich gegen die Inhaber des Bureau Strafanzeige wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung und versuchter Erpressung erstattet.

Obgleich Honrath uns keine Verächtlichkeit geschildert hat, wollen wir sie hiermit doch wiedergegeben haben, denn auch einem solch „guten Freund“ wie ihm wollen wir kein Unrecht tun. In den Streit zwischen ihm und dem Reisebüro wollen wir uns weiter nicht einmischen. Mögen sie es am Gericht ausmachen, wer recht hat. Respekt bleibt aber noch immer der Vorzug seiner eigenen Genossen, daß die von Honrath arrangierte Reise teurer und dabei unter aller Kanone gewesen sei. Honrath hat also mit seiner Tätigkeit als Reifemarschall erstens nichts verdient, zweitens nur Unbarmherzigkeit der eigenen Genossen geerntet. Im Zukunftsstaat wird er eine solchen Proben sicher nicht übernehmen, denn gebrauchlich Kinder scheuen das Feuer.

Sich Berlin und Firma Lebius & Co.

Zu der so überschriebenen Notiz in Nr. 40 (nicht 41, wie es unten heißt) sendet uns Herr Rudolf Lebius unter Berufung auf das Pressegesetz folgende Berichtigung:

„Die Nr. 41 des „Deutschen Metallarbeiter“ vom 1. Oktober 1910 brachte einen Artikel mit der Ueberschrift „Sich Berlin und Firma Lebius & Co.“ In diesem Artikel wird von mir behauptet, ich hätte Freunden gegenüber eine Anzahl näher ausgeführter Grundsätze als die wenigen hingestellt, so den Grundsatz der Käuflichkeit der Journalisten, das Bekenntnis zum Erpressertum und das Bekenntnis zum Herrenmenschen. Ich erkläre hiermit, daß ich jene Grundsätze niemals aufgestellt habe, weder in dieser noch in ähnlicher Form. Es handelt sich um eine ganz gewöhnliche Verleumdung. Alle diese Verleumdungen, die mir hier in den Mund gelegt werden, sind von Anfang bis zu Ende erfunden.“

Gez. Rudolf Lebius.“

Es ist bekanntlich sehr einfach, mit preßgesetzlichen Berichtigungen jede auch mit Tatsachen gestützte Behauptung als un wahr oder „von Anfang bis zu Ende erfunden“ zu bezeichnen. Wir hatten das angebliche grundsätzliche „Glaubensbekenntnis“ des Herrn Lebius einem gedruckt vorliegenden Schriftsatz an die 4. Strafkammer des kgl. Landgerichts 3 in Berlin aus dem „Mah-Lebius-Prozess“ entnommen, wo drei Zeugen erwähnt sind, in deren Gegenwart Lebius seine „Grundsätze zum besten gegeben haben soll. Ob die drei Zeugen nun die Wahrheit sagen, oder Herr Lebius, können wir nicht entscheiden. Der Entscheidungsgang des Herrn Lebius: u. a. nationalliberal, nationalsozial, sozialdemokratisch, dann gelb, läßt übrigens den Vermutungen über „Grundsätze“ bei Lebius den weitesten Spielraum. Sie kümmern uns auch nur insoweit, als sich der Verfasser solcher „Grundsätze“ in verleumderischen Angriffen auf die christlichen Gewerkschaften produziert und wie im vorliegenden Fall den Gegnern unserer Sache eifrig sekundiert. Mit unserer Notiz in Nr. 40 wollten wir nur zeigen, von welcher Qualität die Bundesgenossen von „Sich Berlin“ sind. Ob die „Berliner“ nach der vorstehenden Berichtigung auf ihren Sekundanten stolz sein dürfen, ist ihre Sache. Zur sachlichen Bemerkung der Lebius'schen Berichtigung sei übrigens noch erwähnt, daß die von ihm als „frei erfunden“ bezeichneten „Grundsätze“ schon vor Wochen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wurden, ohne daß eine Berichtigung darauf erfolgt ist.

Theorie und Praxis.

Es ist bekannt, daß es die Sozialdemokraten bei jedem verlorenen Lohnkampf versuchen, der christlich-nationalen Arbeiterschaft die Schuld in die Schuhe zu schieben. Die christlichen Gewerkschaften seien „Schutztruppen der Arbeitgeber“, seien der sozialdemokratischen Arbeiterschaft überall in den Rücken: das sind die Schlagworte. Die

man gewöhnlich zu hören bekommt. Wenn aber eigene „Genossen“ (sogar solche in führender Stellung) ihren Parteigenossen in den Rücken fallen und Streikbrecher spielen, dann schweigt sich der rote Wälderwald aus. Als Beweis (unter vielen) diene folgende Tatsache:

In Mülhausen (El.) stehen die Holzarbeiter im Streik zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Mülhauser Holzarbeiter, christliche wie sozialdemokratische, gehen gemeinsam vor. Da sich fast keine Streikbrecher fanden, so waren die Arbeitgeber, welche zurzeit mit vielen Aufträgen versehen sind, in großer Verlegenheit. Besonders war es die Firma Wächter, welche schwer unter Arbeitsmangel zu leiden hatte. Mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln suchte sie nach Kaufpreiskern und fand auch glücklich einen in der Person des sozialdemokratischen Parteiführers und Beigeordneten der Stadt Gebweiler.

Dieser Herr Beigeordnete hielt es mit seiner Parteiehre für berechtigt, die dringendste Arbeit der Firma Wächter abzunehmen, um dadurch den im Lohnkampf stehenden Holzarbeitern in den Rücken zu fallen. Dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes „Genossen“ Kunz, der mit noch einem Kollegen in dieser Sache bei dem „Obergenossen“ Sies vorstellig wurde, erklärte der rote Parteiführer brüskelnd, er habe der Firma Wächter das Versprechen gegeben, die Arbeit auszuführen und er werde dieses Versprechen auch halten; es habe ihm niemand Vorschriften zu machen, in seinem Geschäft sei er selbst Herr und Meister, deshalb gebe er die Arbeit unter keinen Umständen aus der Hand.

So sieht es in der Praxis bei den „Obergenossen“ aus. Die christlichen Arbeiter werden Streikbrecher, Arbeitervertreter usw. genannt, wenn sie es ablehnen, den „Genossen“ überall nachzulaufen! Die sozialdemokratischen Führer pfeifen aber auf die Arbeitersolidarität, wenn es sich um ihre eigenen, persönlichen und materiellen Vorteile handelt. Wahrlich, nette „Arbeitervertreter“.

Sozialdemokratische Wahlschinken.

Der Bergknappe, das Organ des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter, bringt in Nr. 41 vom 8. d. M. folgende, der Nr. 267 der Tremonia entnommene interessante Notiz:

Einen unerwarteten Ausgang für den sozialdemokratischen Bezirksleiter Bartels (Dortmund) nahm eine Privatklage, welche Bartels gegen den nicht wiedergewählten Knappschaftsältesten Buscher (Widde) angestrengt hatte und die am 27. September vor dem Schwurgericht in Lina verhandelt wurde. In einer am 20. März d. J. in Widde abgehaltenen Bergarbeiterversammlung, in der der Ausschluß des W. Buscher aus dem Bergarbeiterverband beschlossen wurde, hatte Buscher dem Bezirksleiter des sozialdemokratischen Verbandes, Bartels, vorgeworfen, letzterer habe von ihm einen Schinken als Geschenk verlangt, dann sei Buschers Widerwahl als Knappschaftsältester gesichert. Gegenüber diesem Vorwurf erhob nun Bartels Privatklage, während Buscher Widerklage einlegte, da Bartels in der fraglichen Versammlung auf den Vorwurf Buschers die Worte gebrauchte: „Du Lump, du Lügner, wenn ich nicht Bezirksleiter wäre!“

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme in der Verhandlung, in der umfangreiche Zeugenerkenntnisse erfolgten, erkannte das Gericht auf Freisprechung des Privatklagten und Widerklägers Buscher, da der Beweis für seine Aeußerung als erbracht angesehen wurde. Dagegen wurde infolge der Widerklage der Privatkläger Bartels wegen seiner beschimpfenden Aeußerung zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Ausdrücklich hieran sei noch erwähnt, daß der Bezirksleiter Bartels neulich im Dortmunder Stadtverordnetenkollegium den Vorschlag machte, zur Linderung der Fleischnot sollten die Polizeipferde geschlachtet und das Fleisch verkauft werden. Daß über diesen Vorschlag des Genossen Bartels, der für die Arbeiterpferdefleisch für gut genug hält, die Dortmunder Arbeiterschaft sehr empört ist, kann sich jeder denken.

Streiks und Lohnbewegungen.

Friedensschluß auf den Seeschiffswerften

Nach fast zweiwöchentlichen Einigungsverhandlungen ist es endlich doch noch gelungen, eine Verständigung in der Werftarbeiterbewegung zu erzielen. Am Montag, den 26. September, hatten — wie schon in der vorigen Nummer berichtet — die Verhandlungen in Berlin begonnen, wurden am 28. September fortgesetzt, um dann für den 3. Oktober vertagt und in Hamburg weiter geführt zu werden. Sonntag den 2. Oktober hat in Hamburg eine von sämtlichen beteiligten Verbänden beschickte Werftarbeiterkonferenz statt, die auf Grund der gegebenen Situation erneute Grundlagen für die Fortsetzung der Verhandlungen präparierte.

Die Verhandlungen zwischen dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller und der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften auf der einen und den Vertretern der Arbeiterorganisationen auf der andern Seite, wurden dann am 3. Oktober wieder aufgenommen und weitergeführt. An den Verhandlungen waren beteiligt von den Unternehmern: Fabrikbesitzer Garvens-Hannover, Kommerzienrat Strauß von Borzig-Egel, Direktor Lippart-Dürnberg, Dr. Grabenstedt.

Von Arbeiterseite: D. Schulz und A. Neumann von der Zentralwerftarbeiterkommission, A. Schlicke und D. Franz vom sogd. Metallarbeiterverband, G. Becker vom Holzarbeiterverband, K. Kamp vom Schmiebeverband, A. Sappe vom Verband der Kupferhammer, Fr. Schöffel vom Heizer- und Maschinenverband, W. Müller vom Verband der Schiffszimmerer, H. Sack vom Fabrikarbeiterverband, E. Busch vom Malerverband, G. Hartmann vom Gewerbeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter, Franz Wieber vom christlichen Metallarbeiterverband.

Die Verhandlungen wurden von beiden Parteien mit großer Fähigkeit und Hartnäckigkeit geführt, sodaß der erste Tag noch keine Entscheidung brachte. In Hamburg fand am Abend eine sozialdemokratische Massenversammlung statt.

die einen gekaufswürdigen Kanonendonner in Szene setzte und die Öffentlichkeit irre führte, als ob die Verhandlungen gescheitert und die Massenausperrung von 400 000 Metallarbeitern unvermeidlich sei. In der betr. Nacht und am andern Morgen wußte die Tagespresse nämlich nichts anderes zu berichten, als daß die Verhandlungen gescheitert und der Mesentampfs unabwendbar sei. „Der Metallarbeiterverband nimmt die Aussperrung an“, wurde mit Sperr- und Fettdruck, aber auch mit wenig logischem Sinn, verkündet.

In Wirklichkeit waren die Verhandlungen nicht gescheitert oder abgebrochen, sondern noch nicht zu Ende geführt und wurden am 5. Oktober fortgesetzt. Noch zwei Tage wogte der Kampf hin und her. Die Metallarbeiter wie die ganze Öffentlichkeit blickten mit Spannung nach Hamburg, wie die Würfeln fallen würden. Durch die Tagespresse ließen die widersprechendsten Meldungen, sodaß schließlich keiner mehr wußte, was Wahrheit und Dichtung war. Der Donnerstag (6. Oktober) brachte dann endlich die lang ersehnte Entscheidung. Aber nicht ohne Ueberwindung großer Schwierigkeiten. Mittags noch war der Ausgang sehr zweifelhaft, die Situation äußerst bedenklich. Da machte die Verhandlungskommission des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften einen erneuten letzten Vorschlag mit weitem Zugeständnissen an die Arbeiter, vornehmlich bezüglich der Arbeitszeit und setzte es schließlich durch, daß die Werftbesitzer diese Vorschläge akzeptierten.

Nachmittags tagte dann eine Werftarbeiterkonferenz, die sich mit den letzten Vorschlägen der Unternehmer befaßte und sich mit einigen wenn auch aber damit einverstanden erklärte. Nach längeren Verhandlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Konferenz der Werftarbeiter ist der Meinung, daß die gemachten Zugeständnisse kaum geeignet sind, den Frieden auf den Werften dauernd zu gewährleisten; daß vielmehr hierzu eine umfassendere Sicherung der Arbeitsverhältnisse auf den Werften gefordert.“

Da diese Sicherung nur durch Beseitigung der vielfach bestehenden Mißstände erfolgen kann, erachtet die Konferenz die Verhandlung der in den Verhandlungen auf zentraler Grundlage nicht berührten, rein örtlichen Differenzpunkte in örtlichen paritätisch zusammengesetzten Kommissionen dringend geboten.

Als Voraussetzung für die Herbeiführung des Friedens betrachtet die Konferenz die Wiedereinstellung aller an den Streiks und Aussperrungen beteiligten Arbeiter ohne Verurteilung des Arbeitsnachweises und Sicherung ihrer Anteile an den durch den Kampf unterbrochenen Akkorden. Unter diesen Voraussetzungen stimmt die heutige Konferenz den Zugeständnissen der Seeschiffswerften zu und empfiehlt sie den Werftarbeitern aller Orte zur Annahme.

Die Konferenz wünscht ferner dringend, daß das Zugeständnis in bezug auf die Arbeitszeit eine Verkürzung der jetzt bestehenden Arbeitszeit um eine Stunde vom 1. Januar 1911 auf allen zur Gruppe Deutscher Seeschiffswerften gehörigen Betrieben bedeutet und daß die Festsetzung der Einstellungslohn am 1. November 1910 beendet ist.“

In einer nachfolgenden Sitzung mit den Unternehmern wurde das Resultat der Konferenz unterbreitet und die letzten Einigungsbedingungen festgelegt. Abends noch verkündeten Extrablätter in allen größeren Städten, daß die Verhandlungen zu einer Verständigung geführt und die Massenausperrung in der Metallindustrie damit abgewendet sei. Die Einigung kam auf folgender Grundlage zustande:

„Die Einstellungslohn bei den hamburgischen Werften der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften werden bei Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pfg. pro Stunde erhöht mit der Maßgabe, daß der niedrigste Einstellungslohn irgend eines volljährigen Arbeiters 40 Pfg. pro Stunde beträgt. Außer dieser Konzession in den Einstellungslohn wird eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 2 Pfg. pro Stunde bewilligt. Dieselben Zugeständnisse machen die nicht-hamburgischen Werften der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werften der örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleibt.“

Als neue Konzession wird ferner ab 1. Januar 1911 (von der ersten Lohnwoche an) eine Verkürzung der Arbeitszeit zugestanden:

- a) bei den hamburgischen Seeschiffswerften auf 55 Stunden die Woche;
- b) bei allen außerhamburgischen Seeschiffswerften (so weit sie der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften angehören) auf 56 Stunden die Woche.

Der Ausgleich dieser Zeitverkürzung erfolgt durch eine Zulage von einem weiteren Pfennig auf den Stundenlohn. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt bei sämtlichen hamburgischen und außerhamburgischen Werften nach Schluß der Arbeitszeit.

Die bereits versuchsweise zugestandene wöchentliche Lohnzahlung am Freitag tritt mit der ersten Lohnwoche des Jahres 1911 in Kraft.“

Eine Reihe weiterer Zugeständnisse betreffs örtlicher Einzelheiten sollen später noch das Nähere präzisieren und festgelegt werden. Die Arbeit wird am Montag, den 10. Oktober, wieder aufgenommen. Die Streikenden werden sämtlich ohne Verurteilung des Arbeitsnachweises und unter Sicherung ihrer früheren Rechte und Ansprüche wieder eingestellt. Ferner haben die Werftbesitzer sich mit der Einführung von Arbeiterausschüssen gemäß den Wünschen der Arbeiter einverstanden erklärt.

Mit diesem Erfolge können die Werftarbeiter zufrieden sein. Es sind beachtenswerte materielle Verbesserungen, die eine wesentliche Hebung der Lage der Werftarbeiter darstellen. Der Erfolg der Arbeiter ist noch besonders bemerkenswert, wenn man die anfänglich vollständig ablehnende Haltung der Werftbesitzer in Betracht zieht. Gewiß haben auch die Arbeiter ihre Forderungen nicht in

ihrem ganzen Umfange durchdrücken können, sie haben viel fallen lassen müssen, aber dennoch ist der materielle wie der prinzipielle Gesamterfolg nicht zu unterschätzen. Es ist aber eine große Ueberdehnung, wenn jetzt in sozialdemokratischen Flugblättern und Zeitungen von einem Sieg auf der ganzen Linie geredet wird. Keine der Parteien hat in diesem Kampfe einen Sieg und auch keine Partei eine Niederlage erlitten; es ist eben ein Friedensschluß auf der mittleren Linie zustande gekommen, zum besten beider Teile wie der Allgemeinheit. Damit sollte man sich nun auch zufrieden geben und keine triumphierenden Siegesfanfaren erklingen lassen, die den anderen Teil nur verletzen können. Es muß auch an die Zukunft gedacht werden, wo noch oftmals Differenzen auftauchen und wieder auf dem Wege gegenseitiger Verständigung geschlichtet werden muß.

Hoffentlich wird der Abschluß dieses Kampfes eine Aera des gewerblichen Friedens auf den Werften einleiten, damit auch dieser bedeutsame Zweig der deutschen Industrie sich ungestört weiter entwickeln kann. Die christlich gesinnten Metallarbeiter aber ersehen aus dieser Bewegung und ihren Begleitererscheinungen aufs neue, wie notwendig der weitere Ausbau ihrer Berufsorganisation ist. Darum auf der ganzen Linie ohne Zögern an die Arbeit!

Den letzten Nachrichten zufolge vollzieht sich die Wiederaufnahme der Arbeit nicht ohne Schwierigkeiten, die aber hoffentlich weitere Verwickelungen nicht im Gefolge haben werden. In Hamburg hat die „Hamburg-Amerika-Linie“ und „Wörmann-Linie“ — die, nebenbei bemerkt, dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller nicht angehören — die Anerkennung der getroffenen Vereinbarungen abgelehnt. Ferner rührt es in verschiedenen Städten, so in Flensburg, Kiel, Bremen, unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Verbände, die sich weigern, die Abmachungen anzuerkennen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Bedeutsame Miniberkeley votierten dagegen.

Die ausgesperrten Mitglieder unseres Verbandes haben die Einigungsbedingungen akzeptiert und sind hiermit noch ausdrücklich angewiesen, die Arbeit sofort aufzunehmen, wenn die Betriebe geöffnet werden. Unsere Mitglieder dürfen sich von keiner Seite belzen und vom ordnungsmäßigen Weg gewerkschaftlicher Disziplin abbringen lassen. Nur die Bestimmungen des Statuts und besonderen Direktiven der Verbandsleitung sind für die Mitglieder unseres Verbandes maßgebend. Das gilt wie im vorliegenden Falle auch für die übrige gesamte Gewerkschaftstätigkeit.

Zur Lohnbewegung der Gold- und Silberarbeiter in Schwäbisch-Gmünd.

In der letzten Nummer berichteten wir, daß der Arbeitgeberverband den Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes deshalb kündigte, weil über die Firma Schöninger die Sperre verhängt wurde. Um seine darob geängstigten Leute wieder zu ermutigen, spielte Vorhölzer den starken Mann, seine diesbezüglichen Ausführungen seien zur besseren Würdigung der nachfolgenden Abmachungen hier angeführt. In einer Versammlung ließ Vorhölzer sich also vernehmen:

„Wenn die Aussperrung ein Bluff sein soll, möchte ich das eine betonen, wir haben in Berlin bezüglich der Aussperrung in der Metallindustrie beschlossen: wenn die Werftbesitzer keine zufriedenstellenden Zugeständnisse machen, nehmen wir ohne weiteres die Aussperrung auf (Brabot) und auch unsere Versammlungen in Mannheim, Stuttgart, Eßlingen, Württemberg, Leipzig, Frankfurt, liegen keinen Zweifel darüber: will das Unternehmertum diesmal den Kampf, so soll es ihn scharf haben! Die Arbeiter erklärten sich sogar bereit, 14 Tage auf Unterstützung zu verzichten, und wo die Interessen von 200 000 auf dem Spiel stehen, kommt es auf 100 oder 1500 Mann an, das ist uns Wurst, das geht in einem Aufmarsch. Nachdem jetzt die Unternehmer uns gekündigt haben, müssen wir erst gefragt werden, ob wir eine Zurücknahme der Kündigung überhaupt gestatten. (Stürm. Beifall.) Ich habe es den Arbeitgebern gegenüber wohl betont: Vergeßen Sie nicht, solange nicht gekündigt ist, ist eine Verständigung viel leichter möglich, als wenn sie bereits erfolgt ist. Wir können jetzt nur zustimmen, ob wir mit der Zurücknahme der Kündigung einverstanden sind. Und unser Zugeständnis müssen sie sich kaufen in der Form von zufriedenstellenden Lohnerhöhungen. (Beif. Beifall.)“

Weiter sagte er bezüglich etwaiger Verhandlungen:

„daß sich die Herren Arbeitgeber wohl gedulden müßten; vorläufig habe er keine Zeit, vielleicht könnte es bis übernächste Woche wären, bis er verhandeln könne. Die Unternehmer haben gekündigt und sie müssen sich darüber klar sein, daß wir uns nicht davor fürchten. Wenn die Unternehmer verhandeln wollen, müssen sie mit uns so vorlieb nehmen, wie wir es für gut finden. Tun sie das nicht, so verzichten wir auf Verhandlungen. In taktischer Beziehung siehe ich auf dem Standpunkte, daß wir von Fall zu Fall den Betrieben überlassen, sich mit den Unternehmern zu verständigen. Wenn die Leute sich verständigen, ist die Sache erledigt; legt sich aber der Arbeitgeberverband ins Mittel und verbietet diese Verständigung, können wir nichts dagegen machen, dann setzen auch wir unseren Stopp auf und sagen: dann verbieten wir unsere Leute, zu arbeiten!“

Gegenüber diesen von Größenbahn diktierten Ausführungen vergleihe man die durch die Verhandlungen erzielten Abmachungen, wodurch die Differenzen beigelegt wurden. Hier sind sie:

„Zwischen dem Arbeitgeberverband der Edel- und Unedelmetallindustrie in Schwäbisch-Gmünd und dem Deutschen Metallarbeiterverband wurde am 6. Oktober 1910 in gegenseitiger Verhandlung folgende Verständigung erzielt:

1. Im Falle der Firma August Seiler, Inhaber Schöninger, wird die Verständigung über den Eintritt der erfolgten Aufbesserung der Firma und ihren Arbeitern überlassen, mit der Maßgabe, daß nach erfolgter Verständigung die beiderseits getroffenen Gegenmaßregeln aufgehoben werden.
2. Dem Deutschen Metallarbeiterverband gegenüber erklärt der Arbeitgeberverband, daß er von seinen Mitglie-

beurteilt, dass, soweit sie Aufbesserungen vorzunehmen in der Lage sind, dieselben für männliche Arbeiter nicht unter 3 Pfennig die Stunde betragen, soweit die mit Aufbesserung bedachten Arbeiter einen Stundenlohn von unter 35 Pfennig haben, und bei Arbeiterinnen nicht unter 2 Pfennig, sofern diese nicht über 22 Pfg. bis jetzt erhalten. Mit vorstehender Zusage ist nicht zum Ausdruck gebracht, dass Löhne über 35 Pfennig für Arbeiter und über 22 Pfennig für Arbeiterinnen keine Aufbesserungen oder nur Aufbesserungen von unter 3 Pfg. bzw. 2 Pfg. erfahren sollen. Es werden jedoch für die seit dem 1. August d. J. erfolgten Aufbesserungen bei einer Lohnregulierung im vorstehenden Sinne mit angerechnet.

3. Fikt den Fall, daß zwischen einzelnen Firmen und ihren Arbeitern eine Verständigung über die Aufbesserung nicht erfolgt, soll versucht werden, unter Hinzuziehung eines Vertreters jeder der beiden Organisationen eine Verständigung herbeizuführen. Sollte auf diesem Wege keine Verständigung zu erzielen sein, so sind die Differenzen einer Schlichtungskommission, bestehend aus je 5 Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes und des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu unterbreiten. Die Angehörigen beider Organisationen verpflichten sich, vor dem Schiedsgericht zu erscheinen und sich dem Spruch desselben unterzuordnen.

4. In Bezug auf die Akkordarbeit erklärt der Arbeitgeberverband, daß er von seinen Mitgliedern die genaue Einhaltung der Ziffer 4 der Vereinbarungen vom Jahre 1906 erwartet. Er empfiehlt seinen Mitgliedern ferner, Akkorde, bei denen ein Arbeiter nachweislich bei ordnungsgemäßer Arbeitsleistung einen, seinen festgesetzten Stundenlohn übersteigenden Akkordverdienst nicht zu erreichen vermag, entsprechend zu regulieren.

5. Maßregelungen aus Anlaß der Durchführung der Bewegung unterbleiben gegenseitig.

Vorhölzer besitzt jetzt noch den Mut, diese Jungstände „als äußerst befriedigend“ zu betrachten. Dieselben bedeuten nichts weniger als eine wesentliche Verschlechterung sowohl des von uns erzielten Ergebnisses, als auch der Lohnverhältnisse überhaupt. Es wird den Arbeitgebern ausdrücklich anheim gegeben, wie hoch sie bei einem Mann, der 4 Jahre lernte, den Mindestlohn setzen wollen. Um solche Abmachungen zu treffen, bedurfte es wahrhaftig nicht der Huziehung der Christlichen, die verzichten auf ein solches „Ehrenamt“. Es braucht darum auch nicht weiter ausgeführt zu werden, welchen praktischen Wert die übrigen Punkte der Abmachungen für die Arbeiterschaft haben. Soviel wie keinen, nachdem die Kardinalfrage, die Lohnhöhung so mißhandelt wurde. Dagegen sind auf Grund unseres Vorstelligwerdens in einer Anzahl von Betrieben ganz erhebliche Aufbesserungen erfolgt. Im Verlauf der nächsten Tage werden noch weitere folgen, dann des besonnenen und umsichtigen Vorgehens des christl. Metallarbeiterverbandes. Die Zahl der Neuaufnahmen wächst täglich; die noch zögernden christlichen Arbeiter zu gewinnen, soll unsere dringlichste Aufgabe sein.

Zur Lohnbewegung in der Pforzheimer Schuster-Industrie.

Die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Pforzheim hat bekanntlich dem Arbeitgeberverband der Edel- und Unedelmetallindustrie einen Entwurf zu einem Lohn- und Arbeitsvertrag für die in der Pforzheimer Kettenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vorgelegt. Trotzdem der Entwurf in verschiedenen Punkten mangelhaft ist und wenig technisches Verständnis verrät, wurde derselbe von unserer Seite unterstützt. Dadurch sollte die Möglichkeit geschaffen werden, in einer gegenseitigen Aussprache zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft Mittel und Wege zu finden, wie der ungeschönen Konkurrenz eines Teils der hiesigen Fabrikanten entgegengetreten werden kann. Auf unsere diesbezügliche, an den Arbeitgeberverband und die einzelnen Arbeitgeber eingesandte Revolution erhielten wir folgende Entschliebung des Arbeitgeberverbandes am 22. September zugesandt:

Der Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgegend hat den ihm und der Pforzheimer Kettenindustrie zugänglichen „Entwurf zu einem Lohn- und Arbeitsvertrag für die in der Pforzheimer Kettenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“ den Arbeitgebern dieser Industrie unterbreitet. Die Arbeitgeber der Pforzheimer Gold-, Silber-, Zula- und Doublierindustrie haben in getrennten Versammlungen diesen Lohn- und Arbeitsvertragsentwurf beraten und wegen seiner Eigenschaft als Tarifvertrag als unannehmbar und unmöglich, sowie wegen der darin geforderten allgemeinen Lohnhöhung als unberechtigt einstimmig abgelehnt.

Die Differenzierung nicht nur der Pforzheimer Schmuckkettenindustrie nach Arbeitsrichtungen, individueller Veranlagung, Leistungen und Fabrikaten, ist zu erheblich, als daß auch nur der Versuch zur Nivellierung der Löhne auf Grund eines Tarifvertrages unternommen werden könnte. Ein solches Beginnen müßte mit Sicherheit der schon jetzt stark geschwächten Wettbewerbsfähigkeit der Schmuckkettenindustrie auf dem Weltmarkt zu ihrer eigenen, wie bei in ihr beschäftigten Arbeiterschaft Schaden zum größten Teil ein Ende machen.

Die geforderte einheitliche Lohnhöhung und insolge langjähriger Forderungen mehr als 10 Proz. findet weder in den allgemeinen Verhältnissen der Industrie noch auch in dem derzeitigen Stand der Löhne in der Kettenindustrie ihre Begründung. Denn nach den in den Kreisen der Kettenindustrie selbst angefertigten Erhebungen sind die Kettenmacherlöhne seit 1906 und nach der damaligen Lohnaufbesserung durchaus nicht gefallen, sondern weiter ge-

Der Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung schließt sich in seiner heutigen Generalversammlung für die gesamte Pforzheimer Schmuckwarenindustrie diesen Gründen für die Ablehnung des vom Deutschen Metallarbeiterverband für die Kettenindustrie Pforzheims aufgestellten, auch vom christlichen Metallarbeiterverband angenommenen Lohn- und Arbeitsvertragsentwurf einstimmig an und befindet sich damit in Übereinstimmung mit seinem zur Frage der Möglichkeit von Tarifverträgen und allgemeinen Lohnhöhungen in der Schmuckwarenindustrie bereits im Jahre 1906 eingenommenen Standpunkt. Inzwischen sind aber keinerlei Veränderungen in der Schmuckwarenindustrie eingetreten, welche eine Aufgabe dieses Standpunktes auch nur versuchsweise angezeigt oder berechtigt erscheinen lassen.

Der Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgegend beharrt daher, den Tarifentwurf des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom 17. September 1910 sowie Verhandlungen darüber ablehnen zu müssen, im wohlverstandenen Interesse der gesamten Pforzheimer Schmuckwarenindustrie und der in ihr beschäftigten Arbeiterschaft, Pforzheim, den 22. September 1910.

Es scheint demnach, daß die Arbeitgeber in der Schusterindustrie nicht so leicht für eine tarifliche Ordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bewegen sind. Der Schwand der Unternehmer, die Differenzierung nach Arbeitsrichtung, individueller Veranlagung, Leistungen und Fabrikation sei in der betr. Industrie zu erheblich, als daß auch nur der Versuch zur Nivellierung der Löhne auf Grund eines Tarifvertrages unternommen werden könne, ist nicht stichhaltig. Notwendig ist hier eben ein Entwurf, der nach Möglichkeit dieser Verschiedenheit gerecht wird. Ein solcher kann aber nur mit einer gegenseitigen Verständigung und unter Berücksichtigung der technischen Einrichtungen der verschiedenen Betriebe erreicht werden. Wir bedauern deshalb, daß die Arbeitgeber eine Aussprache über die Möglichkeit eines solchen Vertrages abgelehnt haben. Sache der Arbeiterschaft ist es aber, der Organisationsleitung mit Material an die Hand zu gehen, daß es möglich wird, einen Vertrag zu entwerfen, der den verschiedenen Ansprüchen gerecht wird. Um demselben dann auch die Anerkennung der Arbeitgeber zu verschaffen, sind starke Organisationsmaßnahmen nötig, deshalb gilt hier die Losung: Anhaltliche Agitation aller Kollegen für den christlichen Metallarbeiterverband.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Menden i. W. Bei der Firma Theodor Klusenbild (Hofekamp), sind wegen Herabsetzung der Akkordpreise Differenzen ausgebrochen. Zugang von Klempnern, Metallbrüchern und Schleifern ist fernzuhalten.

Emmerich. Ueber die Firma Reintges, Niederländische Maschinenfabrik, ist die Sperre verhängt worden.

Essen-Ruhr. Die Klempnergesellen von Essen stehen im Streik zwecks Abschluss eines Tarifvertrages.

Elberfeld. Die Arbeiter der Firma Jäger, Eisenfabrik, stehen im Streik.

Reheim. Ueber die Firma Hübenner & Gerling ist wegen Herabsetzung der Akkordpreise die Sperre verhängt. Zugang von Metallbrüchern, Schlossern und Klempnern ist fernzuhalten.

Barmen. Die Former der Wuppertaler Eisenhütte haben wegen Lohnhöhen die Arbeit niedergelegt. Die Schlosser, Hobler, wie sonstigen Arbeiter dieses Betriebes sind ausgesperrt.

Remscheid. Die Maschinenbauer und Hälsarbeiter der Remscheider Fellenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Sundern bei Arnsberg i. W. Ueber die Firma Anton Brumberger ist die Sperre verhängt.

Mühlhausen im Elsaß. Die Klempnergesellen von Mühlhausen und Umgebung stehen im Streik zwecks Erneuerung des Tarifvertrages.

Barmen. Die hiesigen Klempner und Installateure stehen im Streik.

Sundern bei Arnsberg i. W. Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallbrüchern, Schleifern und Klempnern ist fernzuhalten.

Düsseldorf. Die Klempner und Installateure stehen im Streik. Die Zwangsaktion der Klempnermeister ist nicht gewillt mit der Organisation zu verhandeln. Ein großer Teil der Firmen hat jedoch die Forderung der Gesellen anerkannt. Zugang ist fernzuhalten.

Düsseldorf. Die Elektromonteur stehen im Streik. Es gilt für diesen Beruf, bessere Lohnverhältnisse zu schaffen. Ein Teil der Geschäfte haben die Forderungen anerkannt. Zugang ist fernzuhalten.

Sterlohn. Bei der Firma Käßler u. Crone, Sterlohn, stehen die Kettenstriebe im Streik.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. Oktober 1910 der zweiundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 23. Oktober 1910 fällig.

Die Ortsgruppe Worms erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Ergänzbeitrages von 10 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Abrechnung vom 3. Vierteljahr muß bis Ende Oktober von sämtlichen Ortsgruppen erfolgt sein. Wir machen besonders diejenigen Gruppen darauf aufmerksam, welche wegen nicht rechtzeitiger Einlieferung der letzten Vierteljahrsabrechnung im Verbandsorgan veröffentlicht wurden.

Die Nr. 41 unseres Verbandsorganes ist vollständig vergriffen. Die Ortsgruppen, welche noch Exemplare dieser Nr. übrig haben, mögen dieselben ungehend an die Zentrale zurücksenden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Saargebiet. Die sozialpolitischen Unterrichtskurse des Bezirksrats der christlichen Gewerkschaften a. h. Saar nehmen am Sonntag, den 16. Oktober ihren Anfang. Es sollen folgende Themas behandelt werden:

- 1. Versammlungsgesetz (Ref. Waltrusch);
 - 2. Entwicklung der Volkswirtschaft bis zum Kap. System (Ref. Wäcker);
 - 3. Die neuere Entwicklung der Volkswirtschaft (Ref. Olmert);
 - 4. Wesen und Charakter der Gewerkschaftsbewegung (Ref. Hermann);
 - 5. Die „freien“ und „sich-dummerschen“ Gewerkschaften (Ref. Engel);
 - 6. Katholische Fachabteilungen und gelbe Gewerkschaften (Ref. Nag);
 - 7. Die christl. Gewerkschaften (Ref. Jodenhöfer);
 - 8. Tarifverträge (Ref. Westum);
 - 9. Der Sozialismus von J. Lassalle und K. Marx (Ref. Rauber);
 - 10. Kritik des sozialistischen „Erfurter Programms“ (Ref. Olmert);
 - 11. Die Verfassung des deutschen Reiches (Ref. Rauber);
 - 12. Die Reichsversicherungsordnung (Ref. Waltrusch).
- Die Kurse sind nach folgender Ordnung eingeteilt:
- Burbach: Sonntags, 10 Uhr morgens. 16. Okt., 30. Okt., 13. Nov., 27. Nov., 11. Dezember, 18. Dezember, 8. Januar, 15. Jan., 29. Jan., 5. Febr., 19. Febr., 5. März, 19. März, 2. April, 9. April.
 - Frankfurt: Sonntags, 10 Uhr morgens. 16. Okt., 30. Okt., 13. Nov., 27. Nov., 11. Dez., 18. Dez., 8. Jan., 15. Jan., 29. Jan., 5. Febr., 19. Febr.
 - Primswiller: Sonntags, 3 1/2 Uhr nachmittags. 16. Okt., 30. Okt., 13. Nov., 27. Nov., 11. Dez., 18. Dez., 8. Jan., 22. Jan., 12. Febr., 26. Febr., 12. März, 19. März, 2. April, 9. April.
 - Alfingen: Sonntags, 4 Uhr nachm. 16. Okt., 6. Nov., 20. Nov., 4. Dez., 18. Dez., 8. Jan., 15. Jan., 29. Jan., 19. Febr., 5. März, 19. März.
 - Sudweiler: Dienstags, 9 1/2 Uhr morgens und 6 1/2 Uhr abends. 13. Okt., 25. Okt., 8. Nov., 22. Nov., 6. Dez., 20. Dez., 3. Jan., 17. Jan., 31. Jan., 14. Febr., 28. Febr., 7. März.
 - Sulzbach: Mittwochs 9 1/2 Uhr morgens und 6 1/2 Uhr abends. 19. Okt., 26. Okt., 9. Nov., 23. Nov., 7. Dez., 14. Dez., 21. Dez., 11. Jan., 18. Jan., 1. Febr., 15. Febr., 1. März.
 - Friedrichthal: Donnerstags 1 1/2 Uhr vorm. und 6 1/2 Uhr nachm. 20. Okt., 27. Okt., 10. Nov., 24. Nov., 8. Dez., 15. Dez., 12. Jan., 19. Jan., 2. Febr., 16. Febr., 2. März, 9. März.
 - Neunkirchen: Freitags: 1 1/2 Uhr vorm. und 6 1/2 Uhr nachm. 21. Okt., 28. Okt., 4. Nov., 18. Nov., 2. Dez., 16. Dez., 13. Jan., 20. Jan., 27. Jan., 10. Febr., 24. Febr., 3. März.
 - Heusweiler: Dienstags, 9 1/2 Uhr vorm. und 6 1/2 Uhr nachm. 25. Okt., 1. Nov., 15. Nov., 29. Nov., 13. Dez., 27. Dez., 10. Jan., 24. Jan., 7. Febr., 21. Febr., 7. März, 14. März.
 - Sudweiler: Mittwochs: 9 1/2 Uhr vorm. und 6 1/2 Uhr nachm. 26. Okt., 2. Nov., 16. Nov., 23. Nov., 7. Dez., 21. Dez., 11. Jan., 18. Jan., 1. Febr., 15. Febr., 1. März, 15. März.
 - Püttlingen: Donnerstags 9 1/2 Uhr vorm. und 6 Uhr nachm. 27. Okt., 3. Nov., 17. Nov., 1. Dez., 15. Dez., 22. Dez., 12. Jan., 26. Jan., 9. Febr., 23. Febr., 9. März, 16. März.
 - St. Ingbert: Freitags: 9 1/2 Uhr vorm. und 6 1/2 Uhr nachm. 28. Okt., 4. Nov., 18. Nov., 2. Dez., 16. Dez., 23. Dez., 13. Jan., 27. Jan., 10. Febr., 24. Febr., 3. März, 17. März.
 - Neunkirchen: Dienstags, 9 1/2 Uhr vorm. und 6 1/2 Uhr nachm. 1. Nov., 15. Nov., 29. Nov., 13. Dez., 20. Dez., 10. Jan., 24. Jan., 7. Febr., 21. Febr., 7. März, 14. März, 21. März.
 - Heiligenwald: Mittwochs, 9 1/2 Uhr vorm. und 6 1/2 Uhr nachm. 2. Nov., 9. Nov., 23. Nov., 7. Dez., 21. Dez., 11. Jan., 18. Jan., 1. Febr., 15. Febr., 1. März, 15. März, 22. März.
 - Frier: Donnerstags, abends 7 Uhr. 8. Nov., 17. Nov., 1. Dez., 15. Dez., 22. Dez., 12. Jan., 18. Jan., 9. Febr., 23. Febr., 2. März, 16. März, 23. März.

Der Besuch der Kurse ist völlig unentgeltlich. Die Teilnehmer haben aber die Verpflichtung, Bleistift und Papier mitzubringen und die Kurse regelmäßig zu besuchen. Die Lokale werden allwöchentlich im Besammlungskalender der Tagespresse bekannt gegeben. — Wir erlauben die Mitglieder unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, sich zahlreich an diesen Veranstaltungen zu beteiligen.

Köln-Chrensfeld. Zu der letzten Notiz in Sachen der Firma Zimmermann, resp. zu dem Schreiben des Inhabers dieser Firma und dem Brief der Ortskrankenkasse folgendes zur Klärung und Feststellung des Tatbestandes: Offenbar treibt Herr Zimmermann, um sich aus der Klemme zu ziehen, Wortlaubererei. — Wir betonen nochmals: Am 9. Juli 1910 wurde dem bei der Firma Zimmermann, Maschinenfabrik in Köln-Chrensfeld, verletzten Drucker von dem ihn behandelnden Arzt Dr. Vorchardt, Köln-Chrensfeld, Benloerstraße 239, erklärt, es sei ein Brief von der Ortskrankenkasse eingelaufen, in dem der Vorstand ihn ersuche, den Verletzten genau zu beobachten, — es sei seitens der Firma ein Brief an die Kasse geschrieben worden, der Mann sei ein Simulant.

Ob das Wort „Simulant“ in dem Briefe des Herrn Zimmermann an die Ortskrankenkasse enthalten ist, kann dahingestellt bleiben. Die Absicht und Wirkung war jedenfalls dieselbe. Man kann auch jemanden der Simulation verdächtigen, ohne das Wort „Simulant“ zu gebrauchen. Einen Brief in Sachen des betr. Arbeiters muß Herr Zimmermann aber an die Ortskrankenkasse geschrieben haben, ebenso hat letztere die Sache weiter gegeben, sonst hätte der Arzt das doch nicht erwidern können. Volle Klarheit kann aber nur dann für Mächtigengewählte geschaffen werden, wenn der Wortlaut der beiden Schreiben — sowohl der Brief Zimmermanns wie das Schreiben der Ortskrankenkasse an den Arzt — vorgelegt werden. Wir haben die Veröffentlichung dieser Schriftstücke nicht zu fürchten. Im Interesse der Wahrheit erlauben wir die Ortskrankenkasse Mächtigendörfer I höher freumbillich, die betr. Schreiben öffentlich bekannt zu geben. Dann mag sich die Öffentlichkeit selbst ein Urteil bilden, wer im Recht oder Unrecht ist und ob Herr Zimmermann an der Verhöhnung betr. Simulation unschuldig ist.

Umerklärung der Redaktion. Gemäß dieser Darstellung müßte die Sache wesentlich anders, wie aus dem Schreiben der Ortskrankenkasse für Mächtigengewählte zu schließen war. Wir haben früher schon einmal betont, daß eine völlige Klarstellung der Angelegenheit durch eine Polemik nicht leicht möglich ist. Sie könnte jetzt nur noch erfolgen durch eine Veröffentlichung der beiden Schriftstücke, wie es in der vorstehenden Korrespondenz verlangt wird. Geschieht das nicht, wird man sich den richtigen Weg darauf machen können. Dann ist aber auch hiermit Schluß der Debatte in unserm Organ über diese Angelegenheit, der wir schon mehr Raum gewidmet haben, wie es angebracht war.

Wochum. Ein Sammelsurium sozialdemokratischer Verbrechen ist der Artikel in Nr. 40 der roten Metallarbeiterzeitung, worin das Verhalten des christlichen Metallarbeiterverbandes während der Klempererbewegung in Wochum nach dem sozialdemokratischen Lehrsatz geschildert wird, daß man das Gesetz der Wahrheitsliebe dem Gegner gegenüber nicht anzuerkennen braucht. Diesen Verbrechen gegenüber sei folgendes festgestellt:

1. Engel war in der ersten Klempererversammlung nicht anwesend, weil er an einer anderen Versammlung teilnehmen mußte und weiter auch, weil der Vertreter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes es beliebt, bei den von ihm einberufenen Versammlungen den christlichen Führern das Lokal zu verbieten, um seinen Getreuen in aller Stille das Märchen von der Affentheorie verzapfen zu können.

2. Die Behauptung, ein Klemperer hätte in einer Mitgliederversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes gesagt, ohne Widerspruch zu finden: „Wenn es bei den Klemperern zu einer Bewegung kommt, Wochum mit christlichen Streikbrechern zu überflutieren“, ist unwahr. Derjenige Klemperer, welcher dem Vertreter des roten Metallarbeiterverbandes dieses überbracht hat, war selbst in der fraglichen Versammlung anwesend. Warum hat er nicht Widerspruch erhoben? Wahr ist, daß gesagt worden ist, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband wolle bei der Bewegung den christlichen Metallarbeiterverband ausschließen, worauf ein Klemperer sagte: „Dann wissen wir, was wir zu tun haben.“

3. Es steht fest, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den christlichen Metallarbeiterverband hintergangen hat. In der öffentlichen Klempererversammlung war der Gesellenausschuß beauftragt worden, mit der Klempererinnung zu verhandeln. Bei den ersten Verhandlungen war aber nicht nur der Gesellenausschuß, sondern waren auch zwei Vertreter des soziald. Verbandes anwesend. Nachdem dieses hinterlistige Treiben Herrn Engel von christlich organisierten Klemperern mitgeteilt worden war, ersuchte er den Vorsitzenden der Innung schriftlich, daß auch er als Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes zu den Verhandlungen zugezogen würde. Der Vorsitzende erwiderte darauf Engel telephonisch, daß keine Verhandlungen mehr stattfinden, und der Tarif nur zwischen Innung und Gesellenausschuß abgeschlossen würde.

Als nächster Engel erfuhr, daß Herr Ungrabe als Vertreter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes den Tarif doch unterzeichnet haben soll, fragte er beim Vorsitzenden der Innung an, ob das der Wahrheit entspräche. Diefes bejahte derselbe, fügte aber auch gleich hinzu, daß Engel als Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes den Tarif unterschreiben könne.

Das mußte Engel schon aus dem Grunde ablehnen, weil er bei den Verhandlungen nicht zugegen gewesen war. Die Richtigkeit dieser Angaben wird der Vorsitzende der Innung bestätigen können. Es ist also eine Lüge, wenn behauptet wird, daß Engel die Bitte ausgesprochen hat, daß den Tarif unterschreiben zu dürfen.

Soweit die tatsächliche Richtigstellung gegenüber den Verbrechen des Artikels in der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung. Dasselbe arbeiterschädigende Verhalten, wie es bei der Bewegung auf den Seeschiffswerften zu verzeichnen war, konnte auch in Wochum festgestellt werden. Der soziald. Führern ging es nur darum, den christlichen Metallarbeiterverband auszuschalten. Gerade in Wochum, wo die Metallarbeiter schwer für den Organisationsge-

danken zu gewinnen sind, trotzdem dieselben noch stark unter dem Druck des Kapitals zu leiden haben, treibt der sozialdemokratische Metallarbeiterverband durch seine Arbeit ein unverantwortliches Spiel.

Unsere Wochumer Kollegen ersuchen hieraus, daß wir mit aller Anstrengung unserer Kräfte in der Aufklärungsarbeit tätig sein müssen, um dieses Treiben der Genossen klarzustellen. Der großen Masse unorganisierter Metallarbeiter, welche auf christlichem Boden stehen, zeigen die letzten Vorkommnisse deutlich, wohin der Weg führt, wenn sie noch länger durch ihr Verbleiben aus dem christlichen Metallarbeiterverbande das Treiben der Genossen indirekt unterstützen. Der sozialistische Ueberhebung und Ausschaltungspositiv kann nur eine starke christliche Organisation das Gegengewicht bieten.

Die Notiz in Nr. 41 der roten Metallarbeiterzeitung über die Klempererbewegung in Dortmund ist ebenfalls, wie die unter Wochum, in sämtlichen Teilen unwahr. Die Dortmunder Ortsverwaltung hat weder die Bedingungen akzeptiert noch den Tarif unterschrieben. Ebenso unwahr ist auch die Behauptung, daß in Dortmund nur 2 Klemperer christlich organisiert waren. Falls aber wirklich die Zustände der Klemperermeister von uns akzeptiert worden wären, so wären die Erfolge noch immerhin besser, als wie die der Wochumer Genossen, welche nach der Metallarbeiterzeitung so stark organisiert sein sollen.

Mühlhausen i. Elsaß. Hier stehen die Blechschmiede und Installateure in einer Bewegung zwecks Abschluß eines Tarifvertrages, die zur Arbeitsüberlegung geführt hat. Diese Gelegenheit mißbrauchten die Fanatiker vom sozialdemokratischen Verband wieder zu einer frivolen Hege gegen unsere christlichen Metallarbeiterverband. Die rote „Mühlhäuser Volkszeitung“ vom 21. September brachte einen von der sozialdemokratischen Streikleitung unterzeichneten Artikel, worin zwei Kollegen unseres Verbandes als „Streikbrecher“ hingestellt wurden. Diese Verleumdung wurde von unserer Seite sofort zurückgewiesen. Die sozialdemokratische Behauptung war nämlich in Wirklichkeit nur eine verächtliche Verächtigung, gewaltsam an den Saaren herbeigezogen, nur um den verhassten Christlichen etwas am Zeug flicken zu können. Denn niemand wird daraus einen „Streikbruch“ konstruieren wollen, daß ein Klemperer, der übrigens in dem Augenblick noch gar nicht Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes war, eine Stunde länger arbeitete, wie die sozialdemokratischen Verbände. Die sozialdemokratischen Anrempelungen sind mithin willkürlich konstruiert und entspringen nur dem Fanatismus und der Verleumdungslust der hiesigen sozialdemokratischen „Größen“.

Auf die einwandfreie Berichtigung von unserer Seite mußten die roten Verleumder dann nichts anderes zu erwidern, als mit kleinlichen Plattheiten und gehässigen persönlichen Anwürfen, die Sachlage zu verbunkeln und so den Eindruck der überführten Verleumdung zu verwickeln.

Gerwisse Herren im sozialdemokratischen Lager hätten aber alle Ursache, den Kampf etwas anständiger zu führen und vor allem das persönliche Gebiet zu vermeiden. Denn ein soziald. „Führer“, der gerade hier den Kufer im Streit macht, hat mehr wie genug auf dem Kerbholz. Er vertritt den größten Teil seiner „volksbeglückenden Tätigkeit“ abends in den Bierstuden und bringt als Stegertrophäen blutige Schrammen und dicke Beulen an seinem edlen Denkerhaupt mit nach Hause. Solche Herren sollten etwas bescheidener auftreten und andre Leute mit Anrempelungen und Verleumdungen verschonen. Es ist übrigens bezeichnend, daß solche Herren in einer Organisation das große Wort führen und die erste Rolle spielen dürfen.

Von der „Freiheit und Brüderlichkeit“ der hiesigen „Genossen“ zeugt auch ein Fall, wo einem unserer Mitglieder von dem Vertrauensmann des soziald. Verbandes die Alternativen gestellt wurde, entweder zum roten Verband überzutreten, oder sonst würden die roten Verbände sich weigern, noch länger mit ihm zusammen zu arbeiten. Einige Tage später wurde unser Kollege tatsächlich wegen „Arbeitsmangel“ (?) entlassen. Ein solcher Zwang und Terrorismus ist eine Schmach für diejenigen, die ihn ausüben, und ein dunkles Blatt für die ganze Organisation, die sich solcher „Agitationsmittel“ bedient.

Diese Zwangsherrschaft der sozialdemokratischen Anhänger sollte aber den christlichen Arbeitern allerorten zu denken geben und sie wie einen Mann geschlossen auf den Plan rufen. Nicht furchtsam zögern, nicht mutlos und energielos dem schweren Ringen untätig zusehen, sich nicht an den Beiträgen vorbeidrücken, sondern hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, das ist die einzig richtige Antwort auf die traurige Kampfweise der sozialdemokratischen Hege. Metallarbeiter von Mühlhausen! Beherzigt das und arbeitet praktisch demgemäß; es wird zum besten unserer gemeinsamen Arbeiterfrage sein.

Soziald.

Zur Regelung der Heimarbeit.

Einen bemerkenswerten Weg zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Heimarbeitersstandes will der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands einschlagen, indem er am 1. Oktober d. J. in Berlin eine eigene Betriebswerkstätte einrichten will. Die Organisation geht dabei von der Erfahrung aus, daß allen bisherigen Versuchen, die Heimarbeitsbedingungen günstiger zu gestalten, sich als ein starkes Hindernis der Umwandlung entgegenstellte, daß die tatsächliche Tüchtigkeit der Heimarbeiterinnen häufig genug den Anforderungen, die an sie gestellt wurden, nicht genügte. Verhältnismäßig gut entlohnte Arbeit ging den Mitgliedern verloren, weil sie den Probestauftrag nicht so auszuführen vermochten, wie er erwartet wurde.

Da soll nun die neue Betriebswerkstätte helfen. Diese wird die besten Kräfte der 2500 organisierten Heimarbeiterinnen von Groß-Berlin vereinen. Sie werden als Helferinnen einspringen für die kommenden Aufträge. Nach folgender Methode soll gearbeitet werden: Nicht Neulinge werden herangezogen,

sondern Heimarbeiterinnen der betreffenden Branche, die gerade Arbeit brauchen. Jede von ihnen fertigt ein Probestück des Auftrags unter Aufsicht der Lehrmeisterin in der Betriebswerkstätte an. Fällt es einwandfrei aus, bekommt das Mitglied den auf ihn entfallenden Teil des Auftrags einfach zur Fertigstellung mit nach Hause. Zeigen sich in der Ausführung noch Mängel, so bleibt die Betreffende in der Werkstatt und erhält von der Lehrmeisterin die nötige Anleitung. Die Einrichtung der Betriebswerkstätte ist bereits gesichert, und in den Kreisen der Heimarbeiterinnen setzt man auf die neue Einrichtung große Hoffnungen.

Eine Statistik der Wohnungsmisere.

Das Statistische Amt der Stadt München hat Mitte August das Gesamtergebnis der Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse der Stadt von 1904 bis 1907 veröffentlicht. Die Zahlen werfen ein großes Licht auf die ungenügenden Wohnungsverhältnisse Münchens, namentlich für die unbemittelte Bevölkerung, sowohl, als auf das Wohnungselend in unseren Großstädten überhaupt. Denn man darf nicht annehmen, daß München in diesen Dingen von allen Großstädten am schlechtesten dastände. Als Beitrag zur Notwendigkeit einer großzügigen Wohnungspolitik, die der Spekulation eigennütziger Grund- und Hausbesitzer entgegen werden muß, geben wir einige Zahlen an, die der Nr. 17 der „Bodenreform“ entnommen sind.

Es wurden insgesamt 139 194 Wohnungen gezählt. Erschreckend groß ist die Zahl der Teilwohnungen, das heißt Wohnungen, die als abgeschlossene ganze Wohnungen gebaut, später aber geteilt wurden und dadurch dem Vermieter höheren Ertrag einbrachten. Die Statistik selbst weist eindringlich auf die gesundheitlichen und sittlichen Gefahren dieses engen Bei- und Durcheinanderwohnens vieler Familien hin. Mehr als ein Viertel (34 940) aller Wohnungen sind solche Teilwohnungen. In einem Hause sind zwei planmäßige Wohnungen an zehn Parteien vermietet, und zwar so, daß auch die beiden Küchen und zwei individuell veränderte Räume als je eine Wohnung mit einem Raum vergeben sind. Selbständige Wohnungen sind — man würde es nicht glauben, wenn es nicht amtlich nachgewiesen wäre! — in München unter den kleinen Wohnungen mit 1—3 Räumen in der Minderheit (48,9 Prozent). Die Mehrheit (51,1 Proz.) dieser Wohnungen sind entweder Teilwohnungen oder Wohnungen mit Untermieter. Nur die Hälfte aller Wohnungen (70 666) hatten eigenes Zubehör, d. h. eigenen Vorrat und Abort, im Ofen sogar nur knapp ein Drittel. Die baulichen Verhältnisse gaben zu 112 496 Beanstandungen Anlaß, sodaß auf eine Wohnung durchschnittlich 0,8 Beanstandungen treffen. Ein besonders hervorzuhebender Mangel ist die große Zahl der indirekt belichteten Räume (14 900), von denen 8560 als Schlafräume verwendet wurden.

Ungünstig waren auch die Abortverhältnisse. 62 496 Wohnungen (44,9 Prozent, fast die Hälfte) waren gemeinsam mit anderen auf einen Abort angewiesen; ohne Abort waren 1235 Wohnungen. Als „überfüllt“ gilt ein Abort, wenn er von mehr als 15 Personen eines Haushalts benutzt wird. Hiermit sind 2189 Aborte als überfüllt zu bezeichnen; unter überfüllten Aborten hatten 7784 Wohnungen zu leiden mit 34 778 Inwohnern. Ein Viertel der Gesamtbevölkerung wohnt in überfüllten Wohnungen. Mit einem Raum müssen sich 24 048 Personen (4,7 Prozent) begnügen. In den Wohnungen mit 1—3 Räumen wohnen zusammen mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung.

Überfüllte Wohnungen, wenn man als Mindestmaß 15 Kubikmeter Luftraum für die Person annimmt, gab es 6124 (4,6 Proz.), in denen 34 483 Personen lebten. Überfüllte Schlafräume wurden 42 121 mit 128 691 Personen gezählt. Die Zahl der Untermieter betrug 44 659 = 8,7 Proz. der Gesamtbevölkerung. Ein Mangel an Betten wurde in 5209 Wohnungen festgestellt; davon trafen 1897, mehr als ein Drittel auf Untermieterwohnungen. Insgesamt hatten 16 696 Personen unter Bettmangel zu leiden.

Das sind traurige Zahlen, die eine erschrecklich deutliche Sprache reden von sozialer Not, von gesundheitlichen und sittlichen Gefahren. Nun beziehen die Erhebungen sich auf die Jahre 1904—1907. Ob es bis auf unsere jetzige Jahresrechnung besser geworden ist? Man kann es bezweifeln. Die Jahre der wirtschaftlichen Krise haben nicht bloß einen Stillstand in der Bautätigkeit gebracht und dadurch den Wohnungsmarkt außerordentlich ungünstig beeinflusst, es waren für Tausende Arbeiterfamilien Heiten vermindert. In zahlreichen Fällen wird der Ausfall an Verdienst durch Mieten einer billigeren und schlechteren Wohnung „auszugleichen“ versucht worden sein. Auf dem Gebiete der Wohnungsfrage muß viel mehr noch als bisher neben einer intensiven Selbsthilfe eine energische Staatshilfe einhergehen.

Die Vorlage eines Wohnungsgesetzes

Ist seit Jahren schon von den verbündeten Regierungen gefordert worden, so auch wieder in diesem Jahre. Die von den Abgeordneten Dr. Jäger und Dr. Dike am 11. Februar 1910 dem Reichstage vorgelegte Re-

soluktion fand mit großer Mehrheit Annahme. In derselben wurden verlangt: Allgemeine Vorschriften zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter und Minderbemittelten und Aufstellung von Wohnungskontrollen. Sodann: Steuerliche Erleichterungen für die Wohnungen der minderbemittelten Volksschichten, Erleichterung wucherischer Grundstückspekulation durch Einführung der Besteuerung nach dem gemeinen Wert usw., Fortbildung der Bauordnungen und Bebauungspläne im Sinne einer weiträumigen Bebauung und der Dezentralisation der Besiedlung (z. B. im Anschluß an Kanäle und Wasserläufe), eine zeitgemäße Reform des Enteignungsrechts und der Umlegung von zur Bebauung bestimmten Grundstücken.

Ein Gesetzentwurf über die Besteuerung des Wertzuwachses liegt dem Reichstag bereits vor; er dürfte in der kommenden Session bereits verabschiedet werden. Nun wird mitgeteilt, daß im Reichsamt des Innern ein Wohnungsgezet ausgearbeitet und dem Reichstag vorgelegt werde. Der diesbezügliche Gesetzentwurf habe die Bildung von Kommunalverbänden für die Boden- und Wohnungspolitik im Auge. Das wäre wenigstens etwas. Die Wohnungspolitik erwarten allerdings mehr. Ebenso der Reichstag, wie aus den vorstehenden Forderungen hervorgeht. Für die geplanten Kommunalverbände müßten doch erst wohnungsgesetzliche Unterlagen für ihre Arbeiten geschaffen werden, wobei insbesondere auch die Frage des Erbbaurechts eine Lösung finden müßte. Mit der Bildung von Kommunalverbänden allein ist es jedenfalls nicht getan, denn schließlich tun auch diese auf dem Gebiete des Wohnungswesens nichts, wie zahlreiche oder die meisten Kommunen es diesbezüglich bisher auch gehalten haben. Doch darüber wird noch später zu reden sein, wenn der Gesetzentwurf veröffentlicht wird. Die Wohnungsfrage verdient aber, daß ihr die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Wir wären ihrer Lösung vielmehr näher, wenn die Arbeiterschaft sich mehr mit diesem allerdings schwierigen sozialen Problem beschäftigt hätte.

Wie wichtig die Bekämpfung des Wohnungsleids ist, wurde auf dem deutschen Juristentag im September dieses Jahres betont und gesagt: Die Bekämpfung des Wohnungsleids ist die dringendste Forderung der Kriminalpolitik. Die Lösung der Wohnungsfrage liegt also ebenso sehr im Interesse der Gesellschaft, wie in dem jedes Einzelnen. Würde diese Einsicht endlich allenthalben Platz greifen.

Die Ausfuhr Deutschlands

hat in den ersten sieben Monaten 1910 gegen den gleichen Zeitraum des vorigen Jahres beträchtlich zugenommen. In dem Zeitraum 1909 machte ihr Wert 3713,6 Mill. Mark, im gleichen Zeitraum 1910 dagegen 4255,3 Millionen Mark aus, was einer Steigerung um 541,8 Millionen Mark entspricht.

Es ist zwar zu bedenken, daß, abgesehen von den Wertanmeldungen, die übrigens 71 v. H. der Ausfuhrnummern betreffen, die Werte für 1910 nach den Einheitswerten für 1909 berechnet sind und später noch Verichtigungen unterworfen sein werden, immerhin ist die Steigerung so gewaltig, daß sie auch unter diesem Vorbehalte außerordentlich erfreulich wirken muß. Dabei ist die Ausfuhr von Gold und Silber noch um etwa 2 Millionen Mark gefallen, so daß auch diese noch der Steigerung des neuen Wertverkehrs zuzuschreiben sind. Sieht man sich die Hauptgruppe der Ausfuhrwaren an, so fällt ein großer Teil der Steigerung, nämlich nahezu 95 Millionen Mark, auf die Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft. Die Ausfuhr an mineralischen und fossilen Rohstoffen, also in der Hauptsache an Erzen und Kohlen ist lange nicht so beträchtlich gestiegen, nämlich nur um 17 1/2 Millionen Mark. Dagegen haben fast alle größeren Industriezweige Ausfuhrsteigerungen in beträchtlicher Höhe zu verzeichnen gehabt. Die Eisen- und Metallindustrie steht dabei an der Spitze. Für sie ist eine Ausfuhr-Versteigerung von rund 111 Millionen Mark zu verzeichnen gewesen, wobei Eisen- und Eisenlegierungen in erster Reihe in Frage kamen; aber auch Kupfer, Zink, Zinn und Blei nahmen teil, nur die Nickelausfuhr ist geringer geworden. Auf die Eisenindustrie folgte die Textilindustrie mit einer Ausfuhrsteigerung von rund 81 Millionen Mark. Der Hauptteil mit 37 Millionen kam auf die Baumwollindustrie, 22 auf die Woll- und 13 Millionen auf die Seidenindustrie. In der Maschinenindustrie macht die Steigerung 79 1/2 Mill. Mark aus, wovon rund 43 1/2 Millionen auf Maschinen, rund 22 Millionen auf elektrotechnische Erzeugnisse und rund 14 Millionen auf Fahrzeuge kamen. Die chemische Industrie hatte eine Versteigerung der Ausfuhr von 59 Millionen Mark, die Leder-, Lederwaren- sowie Kürschnerwarenindustrie von 41 Millionen Mark, die Feuerwaffen- usw. Industrie von 15 Millionen, die Papier- und Papierwaren, sowie die Schnitzstoffindustrie von je 11 Millionen Mark, die Kautschukwarenindustrie von 6 Millionen Mark, die Tonwarenindustrie von 4 1/2 Millionen Mark, die Glas- und Glaswarenindustrie von 2 Millionen Mark, die Steinwarenindustrie von 1 1/2 Millionen Mark usw. Nur die edlen Metalle und Waren daraus gingen bei der Ausfuhr im Werte zurück.

Für die deutsche Volkswirtschaft sind diese Zahlen erfreulich, sie zeigen aber auch, eine wie große Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben die Ausfuhr bereits erlangt hat.

Invalidenversicherung und Tuberkulosebekämpfung.

Die Rheinische Landesversicherungsanstalt hat in letzter Zeit beachtenswerte neue Wege zur Tuberkulosebekämpfung eingeschlagen, über die in den Amtlichen Mitteilungen der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz Jg. 1910 Nr. 7 berichtet wird. Die Bekämpfung der Tuberkulose erfolgt nach zwei Richtungen hin; indem man die vorgezeichneten Tuberkulosefällen von den Gesunden abzuheben sucht, oder indem man durch Fürsorgeorganisationen, Hauspflege usw. nicht nur die Tuberkulose zu heilen, sondern ganz allgemein mehr Aufklärung über die Tuberkulosebekämpfung zu schaffen sucht. Diese Auskunfts- und Fürsorgestellen für Tuberkulose, die ja auch schon in anderen Gegenden geschaffen sind, werden in der Rheinprovinz aus den Mitteln der Versicherungsanstalt errichtet oder wenigstens unterstützt. Auch sind solche Fürsorgestellen nicht nur für städtische Bezirke, sondern auch für die Landkreise errichtet worden. Die Fürsorgestellen arbeiten zusammen mit allen anderen in den Kreisen bestehenden Vereinigungen die für gesundheitliche Fragen wirken. Man sucht die Kranken durch hauspflegerische Maßnahmen zu heilen und eripart auf diese Weise die sehr großen Kosten für die von anderen Landesversicherungsanstalten mehr gepflegte Heilstättenbehandlung. Aus der praktischen Tätigkeit führen wir folgendes an:

Am umfassendsten ist die Organisation bisher wohl getroffen in den Kreisen Solingen, Kreuznach und Saarlouis. Die Organisation im Kreise Solingen hat nicht weniger als 850 lungenkranke Personen im Jahre 1909 in ständige Fürsorge genommen. Ein Oberfürsorger bewirkt die Zusammenarbeit mit Gemeinnden, Krankenkassen, Versicherungsanstalt und Ärzten einerseits und den einzelnen örtlichen Pflegefürsorgestellen und den Pflegeschwestern andererseits. Dieses verbindende Zwischenglied, als das der Oberfürsorger wirkt, hat sich als so wichtig erwiesen, daß neben ihm eine Oberfürsorgerin angestellt werden mußte. Die Tuberkuloseorganisation im Kreise Kreuznach hat im Jahre 1909 250 lungenkranke Personen mit im ganzen 1065 Familienangehörigen in Fürsorge genommen. 61 örtliche Fürsorgestellen sind eingerichtet, deren Tätigkeit sich auf 84 Gemeinden mit rund 82 000 Einwohnern erstreckt. Im Kreise Saarlouis ist auf Anregung des dortigen Landrats ein Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose gegründet worden. Die Fürsorgestellen wurden im Anschluß an die im Kreise vorhandenen Krankenhäuser gegründet. — Ein Beispiel, wie auch in einem rein ländlichen Kreise die Tuberkulosebekämpfung mit Erfolg betrieben werden kann, gibt der Kreis Montjoie, wo in einem Jahre 132 Personen in den Auskunfts- und Fürsorgestellen untersucht und in Pflege genommen wurden.

Der zweite neue Weg zur Tuberkulosebekämpfung, den die Rheinische Landesversicherungsanstalt einschlägt, ist die Unterbringung erwerbsunfähiger, rentenberechtigter Lungenkranke in Krankenhäusern. Die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz bietet seit einigen Jahren solchen bedürftigen Lungenkranken, die in Heilstätten keine Aufnahme finden weil ihr Krankheitszustand zu weit vorgeschritten ist, die Möglichkeit, inheim, meist in ländlichen Krankenhäusern Aufnahme zu suchen. Ihre Aufnahme in diese Krankenhäuser erfolgt gegen bloße Abtretung der Rente, erfordert also keinen weiteren Zuschuß. Mit der Pflege dieser Personen ist zweckentsprechende ärztliche Behandlung verbunden. Selbst bei vorgeschrittenen Erkrankungsstadien ist wiederholt bei der unbeschränkten Dauer des Aufenthalts Besserung oder gar Wiederherstellung der Kranken erzielt worden, außerdem aber werden durch den Aufenthalt im Krankenhaus diese schweren Fälle isoliert und dadurch die Ansteckungsgefahr für die übrige Bevölkerung herabgemindert. Diese Isolierung der Kranken ist vom hygienischen Standpunkt aus besonders wichtig und wirklich geeignet, der gefährlichen Volkskrankheit Schranken zu ziehen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Landesversicherungsanstalten auf dem eingeschlagenen Wege energisch weiter gehen würden.

Briefkasten.

An mehrere Distrikterwaltungen. Bei Todesanzeigen für das Verbandsorgan soll die Art der Krankheit resp. Todesursache und das Alter der Verstorbenen angegeben werden. — An Biele. Manche lernen's nie, nämlich die Sendungen per Post genügend zu frankieren. Noch immer ohne Unterlaß muß eine Menge Strafporto bezahlt werden. Werden aber mal solche Sendungen abgelehnt, und gehen an den Absender zurück, dann ist man belehrt und fängt an zu kratzen. Wir ersuchen deshalb nochmals alle Korrespondenten, die Postsendungen genügend zu frankieren. Ein Brief bis 20 Gr. kostet 10, über 20 bis 250 Gr. 20 Pf. Porto. In Zweifelsfällen läßt man die Briefe auf der Post nachwiegen, wenn man keine Briefwaage zur Verfügung hat.

Sterbetafel.

Bielefeld. Am Dienstag, den 4. Okt. starb unser Mitglieb Johann Rißan im Alter von 38 Jahren an Lungenschwindsucht.
Bochum. Am 5. Okt. starb der Kollege Friedrich Thomajewski an Magenleiden, im Alter von 33 Jahren.
Gevelsberg. Am 2. Okt. starb unser Mitglieb Friedrich Hembel an den Folgen eines Reissensbruchs, im Alter von 45 Jahren.
Hofen. Am 5. Okt. starb unser Kollege Heinrich Bauer an Tuberkulose, im Alter von 28 Jahren.
Essen. Am 9. Oktober starb Kollege Johann Paus, 21. Jahre alt, infolge Rückenmarkleiden.
 Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Amern St. Anton. Am Sonntag, den 23. Okt., morgens 10 1/2 Uhr Versammlung im Lokal von Selnr. v. b. Welben. Sehr wichtige Tagesordnung.

Bruchhausen. Samstag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr bei Eckart Versammlung mit Vortrag.

Dortmund. Am Sonntag, den 18. Oktober, vorm. 11 Uhr Versammlung im Christl. Gewerkschaftshaus, Westerbleichstr. 62 1/2.

Dortmund-Derne. Am Sonntag, den 16. Okt., nachm. 4 Uhr, Versammlung bei Nagel.

Dortmund-Hörde. Am Sonntag, den 21. Okt., abends 8 1/2 Uhr bei Etolge, Chausseestr.

Duisburg. Freitag, den 14. Oktober, abends 7 1/2 Uhr bei Küppers, Wanheimerstr. 61, Mitglieberversammlung. Am genannten Tage müssen sämtliche Abrechnungen erledigt sein. Am Sonntag, den 16. Okt. findet in folgenden Bahnhöfen Hausagitation statt: Duisburg 1 Uhr bei Küpper; Laar 1/2 Uhr bei Jansen; Beed 1/2 Uhr bei Willeken; Metberich 1/2 Uhr bei Stapelmann. Es haben sich sämtliche Kollegen zu beteiligen, welche dienstfrei sind.

Duisburg-Weed. Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Willeken, Kattierstr.

Düsseldorf-Vertrath. Samstag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieberversammlung im Lokale Lampenschierf.

Düsseldorf-Eller. Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 11 Uhr, Mitglieberversammlung im Lokale Esser, Humbertstraße.

Düsseldorf-Gerresheim. Sonntag, den 16. Okt., vorm. 11 Uhr, Mitglieberversammlung im Lokale „Zum roten Hahn“, Grevlinerstraße.

Düsseldorf, Bez. Flingern. Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 11 Uhr findet im Lokale Schnalbach, Währaterstraße die Bezirksversammlung statt. Die Kollegen haben für gute Agitation zu sorgen.

Düsseldorf-Ratingen. Samstag, den 29. Okt., abends 7 1/2 Uhr, Mitglieberversammlung im Lokale Wolfs, Bahnstraße. Erheinen der Kollegen ist Pflicht.

Eisenach. Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Konzerthaus Clemba.

Essen-Stadt. Sonntag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, Mitglieberversammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 18. Oktober, morgens 11 Uhr, Mitglieberversammlung bei Postgäbler, Frohnhauserstr. Von November ab, finden die Versammlungen 6 Uhr abends statt.

Essen-Mellinghaufen. Sonntag, den 17. Oktober, morgens 11 Uhr, Mitglieberversammlung bei Höbne, Hauptstr.

Essen-Mittelscheid. Sonntag, den 16. Oktober, morgens 11 Uhr, Mitglieberversammlung bei Wallney, Mittelscheiderstr.

Essen-Mittefeld. Sonntag, den 16. Oktober, abends 6 Uhr, Mitglieberversammlung im Lokale Esser, Hammerstr.

Essen-Jugendabteilung. Sonntag, den 16. Okt., abends 5 Uhr, Mitglieberversammlung im Verkehrslokal A. Winkl, Altemdorferstr., Essen-West.

Essen-Steele-Krey. Samstag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieberversammlung bei Freitag, Grenzstraße.

Essen-Kriegewerke. Samstag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr Mitglieberversammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße 19.

Essenkirchen-Süllen. Dienstag, den 18. Oktober, abends 6 1/2 Uhr bei Nachbarschule.

Essenkirchen-Kriegewerke. Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Grevlenhaus.

Essenkirchen-Neustadt. Samstag, den 22. Okt., abends 8 Uhr bei Walfuß.

Halle. Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Schulbes. Restaurant, Pfännchenhöhe 74.

Dattingen. Nächste Versammlung Mittwoch, den 16. Okt. 6 1/2 Uhr, bei Wirt Friedrich Diergardt Welper, Schulstr. 209.

Karlruhe. Samstag, den 15. Oktober, abends 9 1/2 Uhr Versammlung in der Restr. Eithel, Kaiserallee 27. Vortrag des Kollegen Maier, Arbeitersekretär über, Ketteler und Lafalle.

Milspe. Samstag, den 15. Oktober abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Krankenkassenwählerwahl. — 2. Die Verkündigungen über den christlichen Metallarbeiterverband und Abwehr derselben. Referenten Kollegen Brünninghaus und Föcher.

Mündelheim. Sonntag, den 23. Okt., morgens 11 Uhr, bei Weyer an der kath. Kirche, öffentliche Versammlung.

Nebiges. Sonntag, den 23. Oktober, nachm. 7 Uhr, Familienfest, wozu sämtliche Kollegen nebst Familienangehörigen eingeladen sind. Freunde unserer Sache können eingeführt werden.

Regensburg. Samstag, den 15. Oktober abends 8 Uhr Versammlung in der Jakobinerkirche. Referent Kollege Deininger.

Neuscheid. Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 11 Uhr bei Fritz Domann.

Solingen. Nächste Versammlung Samstag, den 22. Okt., abends 9 Uhr, bei Wörhoff (neben dem Rathhaus).

Siegburg. Sonntag, den 16. Okt., morgens um 10 1/2 Uhr Mitglieberversammlung im Restaurant Minoriten, wozu die Mitglieder dringend eingeladen sind.

Stettin. Am 14. Oktober im Lokale des Herrn Geintzandigkeit, Postenstr. 1, Mitglieberversammlung mit Vortrag.

Stuttgart-Cannstatt. Samstag, den 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag im alten Hafen in Cannstatt.

Flugzettel :: :: :: Plakate
 Eintrittskarten :: Mitgliedskarten
 Programme :: :: Liedertexte
 Statut - Abdrücke, überhaupt alle
 Vereins- und Privat-Drucksachen

liefern wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigste Berechnung. Prompte Zusendung per Postpaket

:: :: Genossenschaftsdruckerei :: ::
Edo vom Niederrhein, Duisburg.